www.roteanneliese.ch

NR. 233 | JULI 2015 | FR. 8.–

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

Strippenzieher Wyer:

Stefan steht am Herd für Viola

Seite › 7

Walliser Kantonalbank:

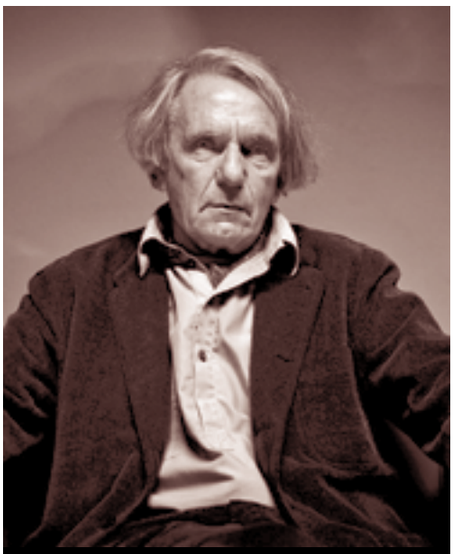
Tornay & Fournier pfeifen auf Millionen

Seite › 9

Das Kreuz mit dem Kreuz:

Wer heilt unseren Bischof Lovey?

Seiten › 12–14



Jacques Rancière:

Philosoph der radikalen Gleichheit

Der Philosoph Rancière entwickelte eine neue Lehrmethode – den universellen Unterricht. Die drei Grundsätze seiner Methode waren: Alle Menschen sind intelligent; alles ist in allem enthalten; jeder Mensch hat die Fähigkeit, sich selbst etwas beizubringen.

Seite › 16/17

Alle in der Krise:

Mit Staatsfonds gegen die SVP-Rezession

Seite › 3–5

Energie-Dossier:

Stromlobby jammert und pokert knallhart

Seite › 10/11

Kalte 3-Millionen-Dusche für WKB-Vize Bringhen?

Das beste WC mit Wasserdusche. Melanie Winiger macht Reklame für das in der Schweiz nach wie vor viel zu teure Geberit Aqua Clean 8000 Plus. Jetzt kommen Sanitärgrosshändler unter Druck.

Im Nouvelliste und Walliser Bote erscheint eine Geschichtsserie über die letzten 200 Jahre. Die Frauen sind stocksauer. Sie kommen praktisch nicht vor. Gleich geht es allen, die im letzten und diesem Jahrhundert von links her Bewegung in die Walliser Politik gebracht haben.

Zur Geschichte des Wallis gehört auch die Repression gegenüber Mitgliedern des Kritischen Oberwallis und Exponenten der Roten Anneliese. Die Waffe der politisch Herrschenden waren sowohl national wie kantonal Berufsverbote. Bund und Kanton legten Fichen über kritische BürgerInnen an. Private Denunzianten – wie das Büro Cincera – fütterten den Schnüffelstaat mit oft falschen Informationen.

Auch im Wallis trieben die Denunzianten ihr Unwesen. Einer der treibenden Kräfte war der Visper Oberst und Sanitärunternehmer Hugo Bringhen. Im Schussfeld der Schnüffler standen auch die damaligen WB-Redaktoren Luzius Theler und Beat Jost. Die Rote Anneliese deckte das Netz der Alpen-Cinceras auf.

Jean-Pierre Bringhen führt das Unternehmen des Vaters weiter. Er ist Vizepräsident der Walliser Kantonalbank, Verwaltungsrat der Mengis Verlags AG und sitzt in zehn weiteren Verwaltungsräten.

Die Wettbewerbskommission (Weko) hat anfangs Juli gegen die Sanitärgrosshändler der Schweiz 80 Millionen Franken Bussen verhängt. Die Unternehmensgruppe Bringhen muss – wenn die Weko recht bekommt – 3 Millionen Franken Busse bezahlen.

Das hilft allen Oberwallisern Haus- und Wohnungseigentümern, die über Jahrzehnte zu viel für ihre Sanitärinstallationen bezahlt haben, einen feuchten Dreck. Denn das Geld fliesst in die Staatskasse und wird nicht den Geschädigten zurückerstattet.

Warum sind die oft sogar in der Schweiz hergestellten Sanitärprodukte in Visp immer noch viel teurer?

Überall haben wir das gleiche Problem:

- Die Hersteller verlangen von den im Wallis tätigen Importeuren und Grossverteilern höhere Preise als denen in Baden-Württemberg oder Bayern. Obwohl das Pro-Kopf-Einkommen in den beiden deutschen Bundesländern höher ist als im Wallis.
- Die Grossverteiler – über 80 Prozent der Sanitärartikel laufen über sie – schlagen noch einmal eine höhere Marge auf die bereits zu teuren Produkte. Und das Gleiche machen am Ende der Kette meistens auch die Sanitärinstallateure.
- Wer direkt importieren will, hat Probleme. Ausländische Sanitärgrosshändler werden von den Herstellern unter Druck gesetzt. Endkäufern wird gedroht, dass keine Garantieleistungen erbracht würden.

Die Weko braucht mehr Kompetenzen. Dies fordert der freisinnige Ständerat Altherr. Solange man vertikale Kartelle zerschlagen kann, wird sich auch im Sanitärgrosshandel wenig bis nichts bewegen. Für günstigere Preise ist auch der Oberwalliser Thomas Gsponer unterwegs, der einst Fraktionschef der Gelben im Grossen Rat war.

Was machen die Walliser ParlamentarierInnen? Wir bleiben dran. Ist der Kartell-Sünder Jean-Pierre Bringhen noch als Vize-Präsident der Walliser Kantonalbank tragbar? Spannende Frage. ■

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

INTERNET www.roteanneliese.ch
FACEBOOK facebook.com/rote.anneliese

VERANTWORTLICH FÜR DIESE AUSGABE
Beat Jost & Vorstand
Verein Rote Anneliese

MITARBEITER DIESER NUMMER
Hilar Eggel
Kurt Marti
David Gundi
Tobias Tscherrig

DRUCK
s+z:gutzumdruck
3902 Brig-Glis

Inhalt

Tourismus bachab:
Die falschen Rezepte der CVP 3

Lötschbergtunnel:
Walliser Staatsrat sägt den Westast ab 4

Franken-Krise:
Das Wallis braucht einen Staatsfonds 5

Wahlen im Herbst:
Interview mit der SPO-Präsidentin 6

CVP-Lobbyist Wyer:
Am Herd: Stefan kocht für Viola 7

Faktenordner:
Thomas Burgener zum Quecksilber 8

Walliser Kantonalbank:
Finanzminister pfeifen auf Millionen 9

Dossier Energie:
Stromlobby jammert und pokert 10/11

Kirche & Staat:
Das Kreuz wirft Schatten 12/13

Bahnhof Brig:
Kommt jetzt Snozzi plus SP? 14

Proviande:
Bundesrat auf dünnem Eis 15

Hilar Eggel:
Der Philosoph der radikalen Gleichheit 16/17

Ein anderer Blickwinkel:
David Gundi: ich wäre Rashid 18

Dies und das:
Dicke Eier und Veranstaltungstipps 19

Explosive Transporte:
Die Chlor-Bombe muss weg 20

Im Oktober 2012 erschien in der Roten Anneliese Nr. 224 der Artikel «Franz-Josef Volken, zur Pension ein Urteil». Cyrill Pinto bittet Franz-Josef Volken in aller Form um Entschuldigung, dass er ihn in diesem Text als «Beton-Hitler» bezeichnet hat.

Der gelbe Albert Bass soll die schwarzen Tourismus Millionen verteilen.

Der schwarze Andreas Wyden müsste in Bellwald endlich die Weichen neu stellen.

Ist Berufs-VR German Escher noch beweglich genug für notwendige neue Modelle?

Tourismus und Bergbahnen in der Krise:

Wann gehen Bass, Wyden, Escher und Co. die Augen auf?

Oberwallis | Lernt der schwer kriselnde Oberwalliser Tourismus von den Kartoffeln? Denen zumindest gehen die Augen auf, wenn sie im Dreck sind. Noch setzen die Kur- und Bergbahndirektoren auf den CVP-Tourismusfonds – eine reine Augenwischerei der alten Subventionsritter!

Das Meisterstück der CVPO in Sachen Tourismus sind die Belalp-Bahnen und das REKA-Dorf in Blatten. Bund, Kanton und Gemeinden investierten mehr als 60 Millionen Franken in Projekte, die sich leider nicht rechnen. Ursprünglich wollten die Belalp-Bahnen mit der neuen Parallel-Seilbahn 3 Millionen Franken mehr Umsatz machen. Die Banken trauten den Zahlen nicht. Gegen den Willen der RW Oberwallis AG und des Finanzkompetenzzentrums (CCF AG) gab Staatsrat Cina die Millionen widerrechtlich frei. Trotz Preiserhöhungen und trotz Integration des Verkehrsvereins konnten die Belalpbahnen nicht einmal eine Million Mehrumsatz machen. Die Gemeinde wird die Bahn, in der die Schwarzen das Sagen haben, unterstützen müssen.

Denn die harten Zeiten kommen erst noch. Denn die von der SVP – auch von der SVP-Oberwallis – gefeierte Aufgabe des Euro-Mindestkurses im Januar 2015 stürzt nicht nur die Exportindustrie, sondern auch den Tourismus in eine schwere Krise.

Zermatt kannibalisiert

Das Internet macht alles transparent. Buchungsplattformen wie booking.com und Google werden immer wichtiger. Die Oberwalliser Skistationen stehen im direkten Konkurrenzkampf vorab mit Destinationen in Österreich, Frankreich und im Südtirol. Aber auch im Konkurrenzkampf untereinander.

Zermatt hat in den letzten Jahren seine Hotelpreise massiv gesenkt – nominal auf das Niveau der achtziger Jahre. Das heisst: Real sind Hotelbetten heute günstiger als vor dreissig Jahren. Und von diesen Preisen beanspruchen booking.com und Google 13 bis 18 Prozent für sich.

Viele Gäste, die vor ein paar Jahren noch Ferien etwa in Leukerbad, Grächen oder Saas-Fee machten, leisten sich neu den Topkurort Zermatt. Das Matterhorn-Dorf kann bei sinkenden Preisen und Umsätzen die Zahl der Hotelübernachtungen halten. Die anderen Kurorte leiden wie Schlosshunde unter weniger Übernachtungen bei ebenfalls fallenden Preisen.

Viele Hotels im Oberwallis bleiben in diesem Sommer zu. Andere reduzieren die Öffnungszeiten.

CVP-Augenwischerei

Dringend notwendig sind neue Rahmenbedingungen:

- Der Tourismus braucht – wie die Exportindustrie – einen Mindestkurs von 1.14 Franken pro Euro.
- Solange es für landwirtschaftliche Produkte noch keinen Freihandel mit der EU gibt, müssen die Hotels pro Übernachtung frei übertragbare Zollkontingente erhalten.
- Verkehrsvereine, Promo Wallis und Schweiz Tourismus müssen endlich Hotelbetten und Bahnen verkaufen, statt nur Imagewerbung zu machen. Mit einer für die Leistungsträger kostenlosen Buchungsplattform.
- Hotels müssen Synergien nutzen. Kein Weg sind sinkende Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gastgewerbe.

Anstatt die wahren Probleme anzugehen, streut die CVP mit ihrem Tourismusfonds allen Sand in die Augen. Neu soll das die CCF AG mit Albert Bass an der Spitze 50 Millionen Franken zinslose Kredite und 90 Millionen Franken Bürgschaften zur Sekundärfinanzierung verteilen dürfen. Was bedeutet Sekundärfinanzierung tatsächlich? Dass jemand als Erstfinanzierer gerade stehen muss. So sicher wie das Amen in der Kirche ist: Es werden wieder die Gemeinden sein, die sich für diese Tourismus-Subventionierung massiv neu verschulden müssen.

Bündner mit SPO-Modell

Bisher hatte auf der politischen Ebene nur die SP Oberwallis verlangt, dass die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, Bergbahnen dank und mit übertragbaren Bergbahn-Generalabonnemente (Bergbahn-GA) zu finanzieren. Jetzt hat ausgerechnet das unverdächtige Bündner Wirtschaftsforum diese Idee aufgenommen und weiterentwickelt (siehe Infoxbox).

Die 26-seitige Studie des Bündner Wirtschaftsforum ist als PDF auf der Website der Roten Anneliese aufgeschaltet: www.roteanneliese.ch

Wie funktioniert die SP-Idee? Nehmen wir das Beispiel Bellwald, weil hier angeblich innovative Köpfe wie Andreas Wyden und Escher German im Verwaltungsrat sitzen.

- Die Bergbahnen von Bellwald brauchen pro Jahr 3‘000‘000 Franken Einnahmen.
- In Bellwald gibt es 5‘000 Betten. Fast alle in Ferienwohnungen, nur wenige in Hotels.
- Im Skigebiet können gleichzeitig 2‘000 Personen unterwegs sein.
- Pro 2.5 Betten müsste jeder Eigentümer von Ferienwohnungen und Hotels für den Preis von 1‘500 Franken ein übertragbares Bergbahn-GA übernehmen.
- Nicht genutzte GA würden über das Internet an Dritte vermarktet.
- Wer zahlt, befiehlt. Die Eigentümer der Ferienwohnungen und Hotels müssten Miteigentümer der Bahn werden, weil sie ihre GA finanzieren.

Man muss mit dem Kopf des Ferienhausbesitzers denken, mit seinem Bauch fühlen. Wer in Bellwald eine Ferienwohnung neu samt Bergbahn-GA hat, wird diese seinen Freunden und Bekannten günstig weitergeben. Kurorte wie Bellwald würden österreichische Destinationen preislich an die Wand drücken.

Die Frage ist: Wann erwachen Bass, Wyden, Escher und Co? Oder machen sie weiter mit bei der Schaumschlägerei der schwarzen Subventionsritter? ■

Lötschberg-Neat-Tunnel:

Walliser Staatsrat will den Westast absägen

Wallis | Die Nationalbank hat dem Wallis wirtschaftlich einen Tiefschlag versetzt. Dies nachdem die SVP während Monaten die Freigabe des Wechselkurses gefordert hatte. Erfolgreich und folgenreich.

Nachdem Nationalbank-Präsident Jordan eingebrochen war, jubelte die Walliser SVP. Inzwischen sind die Herren Ruppen und Co. ziemlich leise geworden, denn die Auswirkungen für das Wallis, für die Exportindustrie und den Tourismus sind katastrophal. Wir rutschen in eine SVP-Rezession.
Noch jagen unsere Parlamentarier lieber den Wolf anstatt den Jordan.
Anders Jean-Michel Cina. An der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Hoteliervereins in Leukerbad forderte der Walliser Volkswirtschaftminister einen neuen Franken-Mindestkurs, der sich auf einen Währungskorb abstützt.
Sein Berner Amtskollege Andreas Rickenbacher tritt zusammen mit dem Unternehmer Peter Spuhler ebenfalls für einen weicheren Franken ein und für die Schaffung eines Staatsfonds in der Höhe von mehreren hundert Milliarden.
Denn die Nationalbank hat mit Geld drucken Geld verdient. Hunderte von Milliarden. Norwegen hat das Öl. Die Schweiz hat den Franken. Mit beiden kann man Kohle machen. Erfreulich, dass der Berner und der Walliser, dass Cina und Rickenbacher fast am gleichen Strick ziehen.
Die Berner und die Walliser fordern den zweispurigen Ausbau des Lötschbergtunnels. Man hätte diesen – bevor man alle Installationen abbrach – zum halben Preis haben können.
Unverständlich aber wahr: Der Walliser Staatsrat verzichtet heute erneut darauf, eine direkte Verbindung von Mittelwallis nach Bern zu fordern. Obwohl der Westast von Niedergampel bis Tunnelmitte längst ausgebrochen ist.
Die Vorteile: Von Siders aus wäre man schneller in Bern als von Brig aus. Alle, die aus dem welschen Wallis nach Zürich fahren, würden nicht nur 15 Minuten Fahrzeit gewinnen, sondern müssten in Visp nicht mehr umsteigen.

In 10 Jahren werden Roboter-Autos die Mobilität total verändern. Parallel dazu wird die Bahn sich verändern müssen und werden. Kleinere und schnellere Kompositionen können Punkt mit Punkt, könnten neu Sitten mit Zürich in 95 Minuten verbinden. Vorausgesetzt, wir stellen die Weichen heute richtig.

Das Mittelwallis sägt den Westast ab, durch den es umweltfreundlich nach Bern, Basel und Zürich düsen könnte. Wieso? Das welsche Wallis orientiert sich nach Lausanne und Genf. Das Oberwallis Richtung Mittelland. Schade. ■

Mobilität in den Alpen:

Mit dem Roboterauto auf drei Bier nach Brig

Wie sieht die Zukunft der Mobilität in den Alpen und in den Randregionen aus? Vielleicht werden zwei Entwicklungen alles Bisherige auf den Kopf stellen:

- Elektroautos werden sich durchsetzen, sobald die Batterien pro Kilo 400 Wattstunden halbwegs kostengünstig speichern können.
- Roboterautos werden AutolenkerInnen ersetzen. Und vielleicht ganz neue Formen der Mobilität ermöglichen.

In 15 Jahren bestellt, wer von Fiesch nach Brig fahren will, mittels dem iPhone der übernächsten Generation ein Auto vor seine Haustür. Dieses spuckt ihn pünktlich in Brig aus. Unterwegs liegt ein Nickerchen drin. Oder frau und man können die eingegangenen Mails bearbeiten.
Am Abend kann, wer will, in Brig noch drei Bier schnappen, bevor es mit dem Roboter-Auto heim zu geht. Alles nur Spinti-Sachen? Mitnichten. Lissabon hat nachrechnen lassen, was die radikale Umstellung auf Roboter-Autos, die der Allgemeinheit gehören, für die Stadt bedeuten würde: Weniger Verkehr, weniger Strassen, weniger Parkplätze.

Entsprechende Studien für Randregionen fehlen, obwohl hier die Vorteile noch grösser wären. Mit ein Grund: Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet beschäftigt sich lieber mit Wölfen statt mit Roboterautos.

Ein Lichtblick kommt aus der Gemeinde Eischoll. Hier kann, wer Lust hat, für 250 Franken einen Tesla für 2 Tage mieten. Und bekommt so ein Feeling von dem, was auf uns zukommt. Vielleicht.

Mehr dazu unter: www.eischoll.ch/tesla/

SVP-Unternehmer Spuhler (l.) und SP-Regierungsrat Rickenbacher präsentierten im Berner «Bellevue» ihren Appell für einen Staatsfonds.

Exportkanton Wallis wird vom starken Franken erdrückt:

Warum das Wallis einen Staatsfonds braucht

Wallis | Der Tourismus, Lonza, Scintilla, Synthes, Novelis, Novartis, Syngenta: Keine andere Region in der Schweiz ist so massiv vom Ausland abhängig – und wird jetzt vom starken Franken an die Wand gedrückt. Doch statt Druck auf die Nationalbank und ihren selbstherrlichen Präsidenten Thomas Jordan zu machen, machen unsere Politiker lieber Jagd auf den Wolf und teure Rom-Reisli auf Kosten der Steuerzahlenden.

Anders der Thurgauer SVP-Unternehmer Peter Spuhler und der Berner SP-Regierungsrat Andreas Rickenbacher. Sie machen sich öffentlich stark für die Schaffung eines Staatsfonds mit 400 Milliarden Franken. Viele verstehen dabei nur Bahnhof. Die Rote Anneliese versucht ihren Leserinnen und Lesern mit Fragen und Antworten auf die Sprünge zu helfen.

Für viele Befürworter eines Staatsfonds ist Norwegen das Vorbild. Woher hat Norwegen seine Milliarden?
Norwegen hat noch viel Öl und Gas. In ein paar Jahrzehnten sind die Reserven weg. Norwegen hat mit Geld aus Öl und Gas einen Staatsfonds geschaffen. Den mit rund 800 Milliarden Franken grössten Fonds der Welt. Die Norweger erzielten eine Realrendite von 3 Prozent. Das macht pro Jahr 24 Milliarden Franken aus.

Woher soll die Schweiz so viel Geld nehmen und es nicht stehlen?
Peter Bernholz war Professor in Basel. Sein Gebiet ist die Währungspolitik. Bernholz tritt für einen neuen Franken-Mindestkurs ein. Er erklärt uns den Sachverhalt wie folgt: Die Norweger haben das Öl. Die Schweiz hat den Franken. Die Nationalbank hat mit Geld drucken rund 400 Milliarden Franken verdient. Dieses Geld kann und muss man in Aktien anlegen. Die Erträge sollen an den Bund und an die Kantone fliessen.

Aber Bernholz ist nicht für einen Staatsfonds.
Man kann der Katz auch Büsi sagen. Seine Vorschläge gehen in die gleiche Richtung wie die Überlegungen von Peter Spuhler und Andreas Rickenbacher. Man soll das Geld anlegen. Und mit den Erträgen die Einnahmen von Bund und Kantonen erhöhen. Weil Jordan, Zurbrügg und Co. das Problem nicht begreifen, muss man ihnen das Geld wegnehmen und es in einem Staatsfonds verwalten.

Was bedeutet die Schaffung eines Staatsfonds für das Wallis?
Wenn man 400 Milliarden mit einer Realrendite von 3 Prozent anlegt, dann ergibt dies jährlich einen Ertrag von 12 Milliarden Franken. Wenn der Bund und die Kantone sich diesen Ertrag teilen, erhalten die Kantone 6 Milliarden. Davon würden pro Jahr mindestens 300 Millionen Franken in die Walliser Staatskasse fliessen.

Haben wir nicht das Problem, dass weltweit zu viel Kapital vorhanden ist? Und dass mit diesem Kapital spekuliert statt investiert wird? Kommt es nicht deshalb zu Krisen, deren Zweck die Zerstörung von Kapital ist?
Kapitalismuskritik ist wichtig und richtig. Trotzdem kann niemand übersehen: Es gibt mehr als genug Möglichkeiten für sinnvolle Investitionen. Der schnelle ökologische Umbau der Schweiz bedingt vorerst hohe Investitionen, die sich in der Folge aber ökonomisch und ökologisch rechnen. Weil wir nicht mehr Öl und Gas importieren müssen, sondern die benötigte Energie mit Sonne und Wind produzieren.

Was soll das Wallis mit 300 Millionen Franken machen?
Punkt 1: Die Krankenkassenprämien für alle mit kleinen und mittleren Einkommen massiv senken. Punkt 2: Neue Spitäler bauen, statt alte Kisten teuer zu renovieren. Punkt 3: Die Löhne für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst anheben und so die Nachfrage beleben. Vielleicht müssten jene, die für einen Staatsfonds sind, einen detaillierten Vorschlag ausarbeiten, um die Diskussion voranzubringen.

Aber das hilft doch nicht gegen die Probleme, mit denen der Tourismus und die Industrie zu kämpfen haben?
Gegen die SVP-Rezession braucht es einen neuen Mindestkurs. Neu ist auch Staatsrat Jean-Michel Cina dafür. Ohne neuen Franken-Mindestkurs geht das Oberwallis unnötig schweren Zeiten entgegen. ■

Info

Unia-Appell online unterschreiben

Arbeiter/innen aus Industriebetrieben und die Gewerkschaft Unia starteten Ende Juni eine Unterschriftensammlung für einen Appell an die Nationalbank (SNB). Sie fordern einen fairen Wechselkurs des Frankens zum Euro und den Erhalt des Werkplatzes Schweiz.

Link zum Online-Unterschreiben der Petition:
https://www.unia.ch/de/kampagnen/frankenkurs/appell-an-die-nationalbank/

Interview mit SPO-Präsidentin Doris Schmidhalter:

«Wir wollen den zweiten SP-Sitz wieder ins Oberwallis holen»

Oberwallis | Vor vier Jahren wollte die Oberwalliser SP mit einer eigenen Liste einen Sitz im Nationalrat holen. Trotz guten Kandidatinnen und Kandidaten gelang das nicht. Die neue Taktik mit der Einheitsliste soll das ändern. Wir sprachen zum Thema mit der SPO-Präsidentin Doris Schmidhalter-Näfen.

Doris Schmidhalter, was macht die SP Oberwallis in diesen Wahlen anders?
Die Walliser SP startet bei den diesjährigen Nationalratswahlen mit einer kantonalen Liste in den Wahlkampf. Auf der 7-er-Liste figurieren die Ausserbergerin Christa Furrer-Treyer und der Natischer German Eyer. Die kantonale Liste wird von thematischen Listen unterstützt, welche das Oberwallis regional abdecken sollen.

Was soll das bringen?
Zum einen wollen wir aufzeigen, dass wir kantonal geschlossen sind und eine Politik fürs ganze Wallis machen wollen. Anders als etwa die CVPO, die im Grossen Rat ständig gegen das Unterwallis wettert und beleidigt ist, wenn sie mit ihren manchmal abstrusen Anträgen untergeht. Zum anderen bietet die kantonale Liste eine Chance, den zweiten SP-Sitz wieder ins Oberwallis zu holen.

Ist das mit einer eigenen SPO-Liste nicht möglich?
Wenn die SP wieder zwei Sitze macht, und davon gehe ich aus, müsste eine reine Oberwalliser Liste 33,4 Prozent aller SP-Stimmen machen. So bestimmt es das Gesetz. Das Oberwallis umfasst aber nur 27 Prozent aller Stimmberechtigten. Wir müssten also überproportional gut abschneiden, um eine Chance auf einen Sitz zu haben. Auf der kantonalen Einheitsliste haben alle Kandidatinnen und Kandidaten eine faire Chance. Auch jene aus dem Oberwallis

Das ist etwas viel Theorie und Wahl-Arithmetik!
Keinweswegs. Natürlich ist Nationalrat Mathias Reynard gesetzt. Aber der Kampf um Platz zwei auf der kantonalen Liste ist offen. Christa Furrer-Treyer machte schon vor vier Jahren auf der Oberwalliser Liste ein ansprechendes Resultat. Und sie ist über ihren Berufsverband auch unterhalb von Salgesch gut vernetzt. Und mit German Eyer schicken wir mit dem Chef der kantonalen Grossratsfraktion ein politisches Schwergewicht ins Rennen: Eyer ist über seine Arbeit im Parlament und über die Medien auch im welschen Kantonsteil bestens bekannt. Er kann zudem auf die Unterstützung der Gewerkschaften im ganzen Kanton zählen.

Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Unterwallis?
Die kantonale SP-Liste ist Ausdruck dieser guten Zusammenarbeit. Weiter sind alle Listen der SP und der JungsozialistInnen miteinander unterverbunden. Dazu gibt es eine Listenverbindung mit den Grünen im Wallis, die wohl auch mit mehreren Listen antreten werden. Wichtig ist auch, dass die Unterwalliser Christlichsozialen (centre gauche-PCS) mit im Listenverbund sind. Die linken Walliser Parteien treten somit geschlossen an. Das ist wichtig. Noch ist offen, ob die «alternative Linke» von Olivier Cottagnoud seine Liste auch in den Listenverbund einbringt.

Und was sollen die thematischen Listen?
Unsere beiden Kandidaten auf der kantonalen Liste, German Eyer und Christa Furrer-Treyer, decken das Oberwallis alleine ungenügend ab. Deshalb sollen die Kandidatinnen und Kandidaten auf den thematischen Listen an ihrem Ort, in ihrer Region, in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis die Menschen überzeugen für ihre Politik, die für die kleinen und mittleren Einkommen einsteht. Für eine Politik, die sich gegen Fremdenhass und Abschottung richtet. Und für eine Politik, die ein starkes Wallis in einer offenen, demokratischen und ökologischen Schweiz will.

Schaden diese Listen nicht den Oberwallisern auf der kantonalen Liste?
Nein, im Gegenteil. Vorerst muss der linke Listenverbund insgesamt genügend Parteistimmen machen, um zwei der acht Walliser Nationalratssitze zu holen. Da sollen die thematischen Listen viele Stimmen bringen. Dann muss die SP doppel so viele Stimmen machen wie die Grünen, damit beide Sitze bei der SP bleiben. Und dann muss Christa Furrer-Treyer oder Eyer German den zweiten Platz auf der kantonalen SP-Liste machen. Und wenn alle Christa Furrer-Treyer und German Eyer auf den thematischen Listen doppelt nachschreiben, haben unsere Kandidatin und unserer Kandidat eine gute Chance auf eine Wahl.

Hat Thomas Burgener eine Chance auf einen Sitz im Stöckli?
Ich denke schon. Burgener kann auf eine grosse politische Erfahrung zählen und ist überdies im Kanton und auch in Bern im Bundeshaus bestens vernetzt. Da hat er gegenüber den anderen Oberwalliser Ständeratskandidaten sicher einen Vorteil. Er war schon mal zwei Jahre im Bundeshaus und kennt die meisten ParlamentarierInnen persönlich. Die Echos aus dem welschen Kantonsteil sind übrigens gut, auch von Leuten anderer Parteien. Und trotzdem: einfach wird es nicht. ■

Eidgenössische Wahlen

Links-Grün mit starken Kandidat/innen-Teams

So wie es aussieht, tritt Links-Grün in den eidgenössischen Wahlen im Oktober im Oberwallis mit 5 Listen und insgesamt 22 Kandidatinnen und Kandidaten an. Ein Überblick über starke KandidatInnen-Feld:

Ständerat
– Thomas Burgener, Rechtsanwalt, Visp

Nationalrat
Liste Nr. 2 SP Wallis
– Christa Furrer-Treyer, Pflegeexpertin HF/ Dozentin HES-SO, Ausserberg
– German Eyer, Sektionssekretär Unia Oberwallis, Naters

Liste Nr. 8 Grüne Oberwallis
– Brigitte Wolf, Biologin, Bitsch
– Ursula Stüdi, Soziologin, Birgisch
– Peter Kälin, Arzt, Leukerbad
– Stéphane Andereggen, Freier Journalist, Siders
– Andreas Weissen, Sagenerzähler, Brig

Liste Nr. 12 SPO Liberaler Flügel
– Brunhilde Matter, Ergotherapeutin MME, Leuk-Stadt
– Christine Kuster, Betriebswirtin FH, Brig-Glis
– Christian Jäger, lic. phil. Gymnasiallehrer/ Gemeindepräsident, Turtmann-Unterems
– Marc Kalbermatter, Personalverantwortlicher & Bereichsleiter Soziale Dienste, Visp
– Gilbert Truffer, eidg. diplomierter Baumeister, Visp

Liste Nr. 13 SPO
– Barbara Wyer-Karlen, Katechetin/Sozialpädagogin/Gemeinderätin, Lalden
– Rolf Eggel, Controllingverantwortlicher DGSK, St. Niklaus
– Bernhard Imhof, Lokführer SBB/Gemeinderat, Naters
– Klaus Minnig, Sekundarlehrer in Pension, Brig-Glis
– Christian Nellen, Marktgebietsleiter Oberwallis Regionalps, Bürchen

JUSO Oberwallis
– Jennifer Näpfli, Studentin, Glis
– Sebastian Werlen , Kaufmann, Agarn
– Jonas Jossen, Schüler am Kollegium Brig, Susten
– Manuel Jossen, Student, Naters

WALLIS — Walliser Bote, Freitag, 26. Juni 2015 — 3

Lobbying | Stefan Wyer ist PR-Spezialist, Lobbyist und arbeitet für die Oberwalliser Nationalrätin – Besuch in Bundesbern

Viola Amherds Einflüsterer

Alles klar: Wo Viola Amherd draufsteht, ist Wyer drin. Beispielsweise in Sachen Privatspital-Gruppe Genolier.

CVP-Strippenzieher Wyer:

Am Herd: Wie Stefan für Viola kocht

Wallis | Der Walliser Bote veröffentlichte am 26. Juni einen Artikel über den CVP-Lobbyisten Stefan Wyer. Spannend war, wie der Einflüsterer in Bundesbern sich mit seiner Mandantin Viola Amherd brüstete. Obwohl jeder gute Lobbyist weiss, dass Diskretion oberstes Gebot ist, wissen wir jetzt dank Wyer, wie politisch die Strippen gezogen werden.

Früher war alles einfacher. Der Staatsangestellte Alfred Rey schrieb die Zeitungsartikel für Hans Wyer, Wilhelm Schnyder, Daniel Lauber, Peter Blötzer und Co. Für ein Butterbrot. Die Artikel erschienen im Walliser Boten, aber auch in der NZZ.
Parallel dazu war Alfred Rey in Bern als Lobbyist für das Wallis unterwegs. Er hatte – im Gegensatz zu vielen anderen – keine Berührungsängste gegenüber den Sozialdemokraten und Grünen. Wenn es dem Berggebiet, dessen Interessen er zu vertreten hatte, nutzte, suchte er die Mehrheiten jenseits der urbanen Bürgerlichen.
Wilhelm Schnyder verjagte Alfred Rey. Warum, ist ein Geheimnis, das die daran beteiligten Staatsräte bis heute nicht gelüftet haben. Seither erschienen keine Artikel von Wilhelm Schnyder mehr. Logisch, wenn der Schreiber plötzlich weg war. Heute gibt es keine Lobbyisten mehr für ein Butterbrot. Die Damen und Herren PR-Berater verlangen mehr als saftige Honorare für Ihre Dienste.
Der vife WB-Journalist David Biner hat den Lobbyisten Stefan Wyer befragt. Dieser berät und betreut Viola Amherd, schreibt für sie Reden und Artikel. Amherd telefonierte während des Gesprächs zwischen Biner und Wyer mehrmals mit ihrem teuer bezahlten Polit-Sherpa.
Für Wyer, der es wissen muss, gilt: Politiker sind nichts als Interessenvertreter. Auch der Unternehmen, in deren Verwaltungsräte sie sitzen. So, so! Machen wir am Beispiel der Spitalpolitik die Probe aufs Exempel, wie Lobbyisten-Politik funktioniert:

1. Schweizweit gibt es neu einen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Spitälern, zwischen kantonalen und ausserkantonalen Spitälern.
2. Immer mehr Walliserinnen und Walliser lassen sich ausserhalb des Kantons behandeln. Weil Tornay in den Walliser Spitälern ein Chaos angerichtet hat.
3. Nichts wäre für das Wallis wichtiger als neue Spitäler der nächsten Generation. Damit der Spitalstandort Wallis nicht zu den Verlierern gehört.
4. Das Oberwallis braucht in diesem Wettbewerb ein neues Spital, das über Austausch von Leistungen vorab mit dem Insel-Spital in Bern Arbeitsplätze und beste medizinische Versorgung sicherstellt.
5. Die private Genolier-Gruppe versucht über die Klinik Valère dem Walliser Spitalnetz Patienten wegzunehmen. Um diese in ihren ausserkantonalen Spitälern zu pflegen.
6. Im Verwaltungsrat der Genolier-Gruppe sitzen – wen erstaunt's? – einvernehmlich der SVPO-Mann Patrick Hildbrand und die CVPO-Nationalrätin Viola Amherd.
7. Patrick Hildbrand ist kein Freund der öffentlichen Spitäler im Wallis. Auch weil in deren Verwaltungsrat seine einstige Kampfgefährtin Monique Lehky Hagen sitzt.
8. Viola Amherd rührt ihrerseits keinen müden Finger für das Spital in Brig. Weil sie – wie ihr Berater Stefan Wyer in aller Offenheit zugibt – als Verwaltungsrätin für die Genolier-Gruppe arbeitet.
9. Präsident der Genolier-Gruppe ist der einst wenig erfolgreiche CVP-Generalsekretär Raymond Loretan, der mitten im Abstimmungskampf um den Service-Public als SRG-Präsident zurücktrat, um als Genfer Ständerat zu kandidieren.
10. Wenn Loretan Erfolg hat, hätte die Genolier-Gruppe zwei Walliser Vertreter in Bern – und mit SVPO-Kandidat Patrick Hildbrand vielleicht sogar einen dritten.

Wir müssen Stefan Wyer dankbar sein für die Offenheit, mit der er informiert. Wenn wir den nächsten Artikel von Viola Amherd im Walliser Boten überfliegen, wissen wir: Wo Viola Amherd daraufsteht, steht Stefan Wyer am Herd.
In der nächsten Ausgabe werden wir darüber berichten, wieso um alles in derWelt Viola Amherd in den Verwaltungsrat der Migros Wallis gewählt wurde. ■

Gast-Kommentar zum Quecksilberskandal:

Keine Lösung auf dem Buckel der Eigentümer

Thomas Burgener,
Co-Präsident IG Quecksilber

Im Oberwallis sind viele Parzellen mit Lonza-Quecksilber verschmutzt. Gemäss Angaben des Kantons weisen von den bis heute untersuchten Parzellen deren 104 eine Belastung zwischen 0,5 und 2,0 Milligramm Quecksilber pro Kilogramm Erde (mgHg/kg Erde) auf. Diese Parzellen sind nicht sanierungspflichtig, bleiben aber gemäss derzeitiger Rechtslage im Altlasten-Kataster eingetragen.

71 der untersuchten Parzellen haben eine Quecksilber-Belastung von mehr als 2 mgHg/kg Erde. Einige Böden weisen Werte von 50 mg auf, einzelne gar über 100 mgHg/kg Erde. Das ist 200 Mal mehr als das Gesetz erlaubt. Alle Parzellen, deren Quecksilbergehalt 2 mg/kg und im Landwirtschaftsgebiet 20 mg/kg übersteigt, müssen saniert werden.

An der Kantonsstrasse im Zentrum von Visp wurden Quecksilber-Belastungen mit über 50 mg/kg geortet. Deshalb sind in der Ebene in Visp südlich des Bahngeleises weitere Untersuchungen im Gang. Auch Liegenschaften am Hang werden untersucht, sofern sie im Eigentum der Lonza-Pensionskasse stehen: Nicht selten wurden Umgebungsarbeiten von Lonza-eigenen Bauten von der Lonza selber ausgeführt – und dabei manchmal verseuchtes Material verwendet. Es ist davon auszugehen, dass noch weitere belastete Parzellen zutage treten werden.

Wie bekannt wurde, werden sanierende Parzellen nicht total entgiftet, sondern nur bis unter die Sanierungs-Schwelle von 2 mgHg/kg Erde. Das heisst, dass die Eigentümer der stärker belasteten Liegenschaften in derselben misslichen Lage sind wie jene mit einer Belastung zwischen 0,5 und 2 mgHg/kg Erde. Auch ihre Parzellen bleiben im Altlastenkataster eingetragen. Das macht keinen Sinn. Wenn schon saniert wird, muss die Parzelle komplett gereinigt werden und aus dem Kataster fallen. Alles andere wäre ein Schildbürgerstreich.

Der Eintrag in das Kataster der belasteten Standorte vermindert den Wert der Liegenschaft: Bei einer Überbauung müssen neue Messungen vorgenommen werden und der Aushub muss je nach Belastung auf einer Inertdeponie gelagert oder – falls Messungen tiefer im Boden eine Belastung von (wieder) über 2 mgHg/kg Erde aufweisen – thermisch gesäubert werden. Auch sind administrative Schritte zu unternehmen, die für die Bodenbesitzer mit Kosten und Ärger verbunden sind.

In einer speziell heiklen Situation sind die Arbeiter und Angestellten der Lonza. Sie sind von der Quecksilber-Verseuchung in mehrfacher Hinsicht betroffen. Vorab ältere, ehemalige Mitarbeiter waren vor Jahrzehnten im Betrieb erheblichen Gesundheitsrisiken ausgesetzt, wie der 94-jährige Albin Zenhäusern aus Unterbäch vor Jahresfrist in der Wochenzeitung WOZ eindrücklich schilderte. Dann sind sie als Haus- oder Wohnungseigentümer betroffen. Und ein Schadensrisiko besteht auch für die bei der Pensionskasse der Lonza Versicherten: Die der PK gehörenden Liegenschaften müssen, wie alle anderen auch, von den Verantwortlichen saniert bzw. entkontaminiert werden. Es wäre gut, wenn sich die Gewerkschaften der Gesundheit und der Pensionskassengelder der Lonza-Arbeiter und -Angestellten annehmen.

Noch ist offen, ob neben dem Hauptverursacher Lonza noch andere eine Mitverantwortung für die massive Umweltbelastung tragen und dafür geradestehen müssen. Das werden vielleicht die Gerichte entscheiden müssen. Vielleicht gibt es auch eine politische Lösung.

Für die IG Quecksilber ist klar: Die Eigentümer der belasteten Böden dürfen nicht an die Kasse kommen. Sie müssen bei der dereinstigen Überbauung ihrer Terrains für die Beseitigung der Vergiftung voll entschädigt werden. Denn eines ist klar: Niemand hat die Anwohnenden des Grossgrundkanals damals darauf aufmerksam gemacht, dass das aus dem Kanal gebaggerte Land mit Quecksilber vergiftet sei. Und es versteht sich von selbst, dass in Kenntnis der Verschmutzung seitens der AnwohnerInnen niemand solche Erde in den eigenen Garten getragen hätte. ■

Prämien-Skandal: Stoppt German Eyer «Tricki» Tornay?

Öffentlich war der gigantische Sozialabbau kaum ein Thema: Im Budget 2015 setzte CVP-Finanzminister Tornay gegen den Willen von SP-Gesundheitsministerin Waeber-Kalbermatten im Grossen Rat eine Kürzung der individuellen Verbilligung der Krankenkassenprämien (IVP) von 29 Millionen Franken durch. Die Folge: 2015 erhalten 21'000 Personen keine Subventionen mehr.
Bis 2009, als SP-Staatsrat Thomas Burgener für die Prämienverbilligung zuständig war, zahlte der Kanton zuverlässig um die 90 Millionen Franken Subventionen pro Jahr aus. Das Geld kam rund 95'000 Krankenkassen-Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen zugute.

Nach Burgener kam «Tricki» Tornay ans Ruder – und der griff gleich zwei Mal in seine Kiste der Winkelzüge:

- Als Finanz- und Gesundheitsminister in Personalunion erhöhte er – mit Blick auf den Wahlkampf 2013 – die IPV-Beiträge auf mehr als 111 Millionen Franken jährlich an.
- Als die Wahlen in die Hosen gingen und der überforderte Tornay das Gesundheitsdepartement abgeben musste, drückte er seiner Nachfolgerin Esther Waeber-Kalbermatten zuerst eine Subventions-Kürzung von 14 Millionen pro Jahr und für 2015 eine weitere Kürzung von sogar 29 Millionen auf.

Das Resultat des sozialpolitischen Kahlschlags ist, dass im laufenden Jahr nochmals 21'000 Personen ihren Anspruch die Prämienverbilligung verlieren. Insgesamt gehen dank Tornay und der bürgerlichen Grossrats-Mehrheit im Vergleich zu 2013 mittlerweile 27'776 Menschen leer aus. Die Leidtragenden sind vorab die Haushalte mit mittleren Einkommen, welche die angeblichen «Mittelstands»-Politiker von CVP/CSP, FDP und SVP heuchlerisch zu verteidigen vorgeben.

Motion Eyer fordert Korrektur
Jetzt hat Grossrat German Eyer, Chef der Links-Allianz-Fraktion, eine Motion hinterlegt. Seine Forderung gegen die IVP-Willkür: «Wir schlagen vor, dass im Gesetz ein Mindestbeitrag für den Kantonsanteil der individuellen Prämienverbilligung von 110 Millionen Franken festgelegt wird. Dieser Betrag ist jährlich der Entwicklung der Prämien anzupassen.»

Im Herbst wartet im Grossen Rat die Nagelprobe: Wer ist für und wer gegen den Sozialabbau auf Kosten des Mittelstands? Wird die Motion abgelehnt, wollen Eyer und Co. die Lancierung einer Volksinitiative prüfen. ■

Walliser Kantonalbank:

Tornay & Fournier pfeifen auf 100 Millionen Franken

Wallis | Die Walliser Kantonalbank bezahlt seit zwei Jahrzehnten viel zu wenig Dividende in die Staatskasse. Eine diesbezügliche Studie schlummert seit fünf Jahren in den Schubladen von Finanzminister Maurice Tornay. Ausgerechnet er präsidiert nun eine kantonale Arbeitsgruppe zur Erhöhung der Dividende für die Staatsaktien.

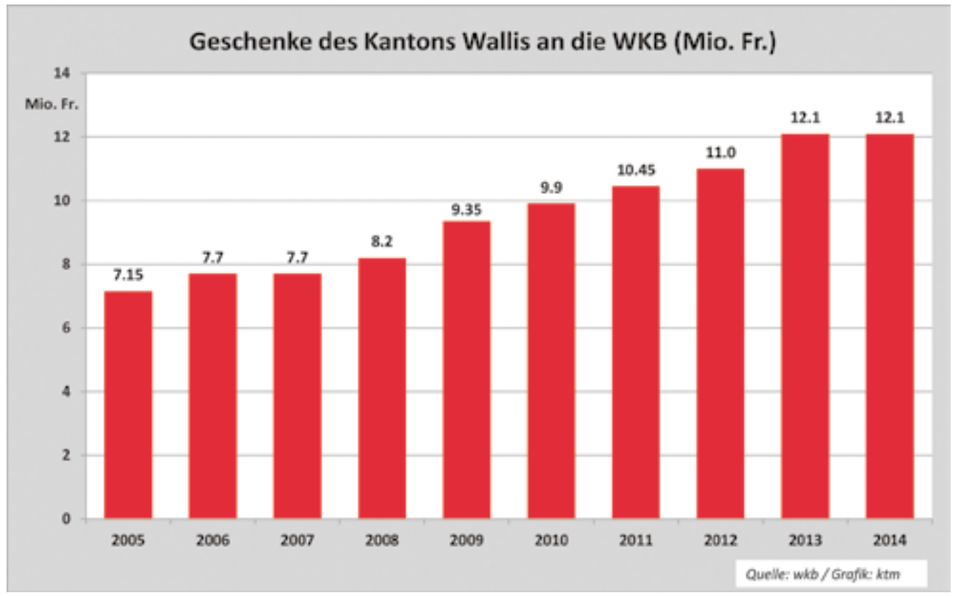
Von Kurt Marti

Im Wallis kürt sich einmal mehr der Bock zum Gärtner: CVP-Finanzminister Maurice Tornay, ehemaliger Treuhänder des Weinhändlers Dominique Giroud, liess Mitte April in einer offiziellen Medienmitteilung verlauten, er habe eine Arbeitsgruppe betreffend die Abgaben der Walliser Kantonalbank (WKB) in die Staatskasse eingesetzt. Die Präsidentschaft übernahm Staatsrat Tornay gleich selbst, ausgerechnet er, der seit seinem Amtsantritt im Jahr 2009 eine aktive Lösung des Problems im Interesse der WKB verhindert hat, wie übrigens auch sein Vorgänger und heutige CVP-Ständerat Jean-René Fournier in den Jahren 2005 bis 2009.

Ein deutliches Ausrufezeichen der Finanzaufsicht

Tornay handelt unter Druck des kantonalen Finanzinspektorats, das in einem Bericht die «Überprüfung der Politik der Entschädigung des Staates Wallis und insbesondere zur Ausschüttung einer unterschiedlichen Dividende durch die Walliser Kantonalbank» gefordert hat. Damit hat die kantonale Finanzaufsicht ein deutliches Ausrufezeichen gegen Finanzminister Tornay gesetzt, denn sie verlangt die Erhöhung der Dividende für das Aktienkapital des Kantons schon seit 2007. Vergeblich.

Bereits 2005 hat die Rote Anneliese die Erhöhung des Dividendensatzes für die Staatsaktien gefordert und regelmässig daran erinnert. Beispielsweise im letzten Jahr betrug der Dividendensatz für den Kanton 16 Prozent, während die privaten Aktionäre 27 Prozent erhielten. Bei einem gleichen Dividendensatz von 27 Prozent hätte der Kanton nicht 17,6 Millionen Franken erhalten, sondern 29,7 Millionen Franken. Das Dividendengeschenk des Kantons an die WKB betrug also 12,1 Millionen. In den letzten zehn Jahren summierten sich die Geschenke an die WKB auf rund 100 Millionen Franken, wie die Grafik zeigt:



Noch weit höher würden die Geschenke für die WKB beziehungsweise Verluste für den Kanton ausfallen, wenn der durchschnittliche Dividendensatz aller Kantone zur Anwendung käme. Zu diesem Schluss kam bereits im Jahr 2010 ein 50'000 Franken teures Gutachten der Beratungsfirma BDO AG im Auftrag des Kantons Wallis: Im Jahr 2008 lag der Dividendensatz der Staatsaktien «beinahe dreimal tiefer als der Durchschnitt der anderen Kantonalbanken», nämlich 9,5 Prozent statt 29,05 Prozent. Daraus resultierte allein im Jahr 2008 ein Dividenden-Geschenk für die WKB in der Höhe von 21,5 Millionen.
Das Finanzinspektorat berechnete in seinem neusten Bericht einen Ausfall für den Kanton von lediglich 41,7 Millionen im Zeitraum von 1993 bis 2013. Dabei ging das Finanzinspektorat von einem äusserst WKB-freundlichen Einheitsdividendensatz an alle Aktionäre aus, ohne den Gesamtbetrag der ausgeschütteten Dividenden zu ändern.

Die WKB kann auf ihren Mann im Staatsrat zählen

Die BDO-Studie schlummert seit fünf Jahren wirkungslos in den Schubladen von Finanzminister Tornay. Auf ihn, den Präsidenten der eingesetzten Arbeitsgruppe, kann sich die WKB auch in Zukunft verlassen. In einer WKB-Medienmitteilung heisst es: «Die WKB nimmt den Bericht des kantonalen Finanzinspektorats und den Beschluss des Staatsrates zur Kenntnis. Es steht ihr an dieser Stelle nicht zu, zu diesem politischen Prozess, welcher in den Bereich des Staates Wallis als Mehrheitsaktionär der WKB fällt, Stellung zu nehmen.» Nein, dafür ist ihr Mann im Walliser Staatsrat zuständig! ■

Quelle: www.infosperber.ch

Dossier Energie

Energiepolitik in Bundesbern:

Stromlobby setzt ihre Interessen knallhart durch

Bern | Die Energiekommission des Ständerats will die Stromkonzerne belohnen, ohne Rechenschaft von den Verantwortlichen zu verlangen.

Von Kurt Marti

Die ständerätliche Energiekommission UREK hat Ende Mai beschlossen, dass sie nur «Wasserkraftwerke in finanzieller Notlage» subventionieren will. Die überrissene Forderung der Strombranche nach einer weitgehenden Subventionierung der bestehenden Wasserkraftwerke mit drei Milliarden Franken wies sie zurück. Damit verbannte selbst die stromfreundliche Energiekommission die generelle Behauptung der Strombranche von der unrentablen Wasserkraft ins Reich der Märchen. Die meisten Wasserkraftwerke produzieren nämlich zu tiefen Kosten und können zudem die Produktionskosten auf die gefangenen Kunden überwälzen.

Folglich lautet die zentrale Frage: Welche Wasserkraftwerke sind überhaupt finanziell gefährdet? Die Antwort gibt eine aktuelle ETH-Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie BFE: Gefährdet ist vor allem die Rentabilität der Pumpspeicherwerke, insbesondere der beiden neuen Pumpspeicherwerke Linth-Limmern im Kanton Glarus und Nant de Drance im Unterwallis, die ihren Betrieb Ende 2015 beziehungsweise ab 2017 aufnehmen. Insgesamt kosten die beiden Luftschlösser der Stromwirtschaft über vier Milliarden Franken.

Pumpspeicher-AKW-System ist kläglich untergegangen

Die Energiekommission des Ständerats schwieg sich darüber aus, was sie genau unter notleidenden Wasserkraftwerken versteht. Bevor sie die Katze aus dem Sack lässt, will sich die Kommission noch absichern. Wie Recherchen von Infosperber ergaben, wurde auf Drängen der Strombranche die finanzielle Notlage der Pumpspeicherwerke und deren zukünftige Subventionierung in der Energiekommission diskutiert.

Das Geschäftsmodell der Pumpspeicherwerke ist eng mit dem Betrieb der Atomkraftwerke verquickt. Das einst lukrative Pumpspeicher-AKW-System ist im Strudel des europäischen Strommarkts kläglich untergegangen. Mit dem Bau der Pumpspeicherwerke sollte die Rentabilität der Atomkraftwerke aufgebessert werden, indem mit dem überschüssigen Atomstrom in der Nacht das Wasser in die Stauseen hochgepumpt und zu Spitzenzeiten über Mittag hochprofitabel Strom produziert wurde. Inzwischen liefern zur Mittagszeit die Solarkraftwerke in Europa Stromüberschüsse und sorgen zusammen mit der Stromschwemme aus Gas- und Kohlekraftwerken für einen erheblichen Preiszerfall.

Strom- und Kantonslobby in der Kommission

Keine Freude am Absturz des milliardenteuren Pumpspeicher-AKW-Systems haben die Kantone, denen die Stromkonzerne Alpiq und Axpo und folglich die Wasserkraftwerke sowie die Atomkraftwerke gehören. Zusätzlich verschärft wird die bedrohliche Lage durch die Milliardenverluste der Alpiq und der Axpo, insbesondere durch Fehlinvestitionen im Ausland. Rund sieben Milliarden Franken mussten die beiden Schweizer Stromriesen in den letzten vier Jahren insgesamt abschreiben.

Den Aktionärs-Kantonen drohen empfindliche finanzielle Konsequenzen. Insgesamt sind 16 Kantone über ihre Aktienbeteiligungen bei den Stromkonzernen an den beiden Pumpspeicherwerken Nant de Drance und Linth-Limmern beteiligt, nämlich Zürich, Aargau, beide Appenzell, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Glarus, Zug, Wallis, Waadt, Genf, Freiburg, Bern, Neuenburg und Basel-Stadt. Über die SBB-Beteiligung am Pumpspeicherwerk Nant de Drance ist auch der Bund dabei.

Das erklärt die politische Durchschlagskraft und Effizienz des Subventions-Lobbyings in der ständerätlichen Energiekommission: 9 der 13 UREK-Mitglieder stammen aus den 16 betroffenen Kantonen. Von den restlichen vier sitzen drei in den Verwaltungsräten der Stromkonzerne. Insgesamt 6 der 13 Mitglieder haben ein Verwaltungsrats-Mandat eines Stromkonzerns. Die eifrigen Kantons- und Stromlobbyisten versuchen logischerweise den finanziellen Schaden für ihre Kantone in Grenzen zu halten. Notfalls mit Subventionen, orchestriert vom Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE, vom Schweizerischen Wasserwirtschaftsverband SWV und von der Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz AVES.

Strombarone geniessen Immunität

Die Nothilfe für die Wasserkraft ist nichts anderes als eine Nothilfe für die Stromkonzerne Alpiq und Axpo und bezweckt indirekt die Reduktion des finanziellen Risikos für die betroffenen Kantone. Jetzt sollen die Stromkundinnen und Stromkunden für die Fehlinvestitionen der Stromkonzerne blechen, ohne dass die Verantwortlichen des Milliardendebakels zur Rechenschaft gezogen werden, allen voran die üppig honorierten Strom-Manager und Verwaltungsräte. ■

Quelle: www.infosperber.ch

«Arme» Strombranche mit Rekordgewinn

Laut der neusten Strom-Statistik erzielte die notleidende Stromwirtschaft einen prächtigen Rekordgewinn.
In letzter Zeit hausiert die Stromlobby mit dem Bettelstab und fordert Milliarden-Subventionen. Die neuste Elektrizitäts-Statistik des Bundesamtes für Energie (BFE) zeigt ein ganz anderes Bild. Noch nie in ihrer Geschichte realisierte die Schweizer Stromwirtschaft einen höheren verteilbaren Gewinn als im Jahr 2013: Sagenhafte 6,229 Milliarden Franken stauten sich in den Kassen der Stromlobby, derweil die Stromkundinnen und Stromkunden zur Kasse gebeten werden, um die angeblich mausarme Strombranche mit Subventionen zu füttern.

Gewinnbeteiligungen & Zuwendungen
Selbst im absoluten Spitzenjahr 2009 war der verteilbare Gewinn mit 5,552 Milliarden Franken niedriger als im Jahr 2013. Auch beim Reingewinn liegt das Jahr 2013 mit 2,533 Milliarden Franken auf einer Spitzenposition. Nur im Jahr 2009 war der Reingewinn höher. Während die Ablieferungen an die öffentliche Hand im Jahr 2013 auf 153 Millionen Franken schrumpften, wuchs der ominöse Posten «Übrige» von 3,416 Milliarden im 2012 auf bisher nie erreichte 4,661 Milliarden. Dabei handelt es sich um «Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen des Personals, Zuwendungen an Wohlfahrtsfonds, Gewinn-/Verlustvortrag auf neue Rechnung, Defizitdeckung durch Staat und Gemeinde».

Reserven stiegen auf 20,8 Milliarden
Doch damit nicht genug! In den Krisenjahren von 2009–2013 haben die Strombarone fette Reserven aufgehäuft: In diesem Zeitraum stiegen die Reserven von 14,5 Milliarden Franken auf rund 20,8 Milliarden Franken, also um 43,5 Prozent.

Wenn die nationalen Parlamentarier in Bern an weitere Milliarden-Subventionen für die Wasserkraft denken, sollten sie vielleicht einen Blick in die Strom-Statistik des Bundes wagen. Auf jeden Fall herrscht jetzt akuter Erklärungsbedarf seitens der Strombranche. ■

Milliardenpleite der Stromer endlich untersuchen

Bern | Zuerst machten die Strombarone Milliardengewinne, dann Milliardenverluste. Höchste Zeit für eine unabhängige Untersuchung.

Von Kurt Marti

Es ist wirklich ein unverschämtes Theater, das die Strombranche in letzter Zeit aufführt: Nachdem ihre Vertreter energisch bei der ständerätlichen Energiekommission UREK lobbyiert hatten, waren die UREK-Mitglieder Anfang April plötzlich der «Überzeugung», dass sie «über die Unterstützung der bestehenden Wasserkraftwerke» nachdenken müssen und «weitergehende Fördermodelle» prüfen wollen. Und Ende Mai liessen sie durchblicken, dass sie sogar die maroden Pumpspeicherwerke subventionieren wollen, was sie bisher energisch ausschlossen.

Bereits im letzten Jahr waren die Stromlobbyisten erfolgreich: Die eidgenössischen Räte machten 600 Millionen Franken für neue Wasserkraftwerke locker. Jetzt soll der Subventionsregen auch auf die bestehenden Wasserkraftwerke niedergehen. Orchestriert wird das Wunschkonzert von den Parlamentariern der Stromlobby, insbesondere der Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz AVES.

Die Subventionen sollen indirekt den grossen Schweizer Stromunternehmen Axpo, Alpiq, BKW und Repower helfen. Denn ihnen geht es finanziell miserabel, nicht ihren Wasserkraftwerken, welche nach wie vor zu günstigen Kosten produzieren und die ihre Produktionskosten zu einem grossen Teil auf die im Monopol gefangenen Haushaltskunden abwälzen können.

Das Wehklagen der Strombranche hat historische Gründe: In den Jahren 2003 bis 2009 fuhren die Strombarone mit der Wasserkraft Milliardengewinne ein. Ein wesentlicher Teil davon verspekulierten sie in unrentablen Gaskraftwerken in Europa und in ebenso unrentablen Pumpspeicherkraftwerken in der Schweiz. Zudem kassierten die Eigentümerkantone der Stromkonzerne happige Dividenden und Gewinnsteuern sowie die Verwaltungsräte und CEOs grosszügige Entschädigungen.

Ab dem Jahr 2010 ging die Stromparty zu Ende und die Stromblase platzte. Die vier Stromkonzerne mussten in den letzten vier Jahren über 10 Milliarden Franken auf ihrem überdimensionierten Kraftwerkpark abschreiben und fuhren entsprechende Verluste ein. Weitere werden folgen, insbesondere wegen den steigenden AKW-Kosten. Deshalb sollen jetzt die Stromkunden die Zeche bezahlen, ohne dass jemand auf kantonaler und eidgenössischer Ebene die Ursachen dieser historischen Vernichtung von Volksvermögen untersucht und die Verantwortlichen klar benennt.

So geht es nicht! Aus dem Milliardendebakel müssen die Lehren für die Zukunft gezogen werden. Es ist höchste Zeit, dass das zuständige BFE einen unabhängigen Expertenbericht in Auftrag gibt, der die Vorgänge und Verantwortlichkeiten untersucht. Das Parlament und der Bundesrat dürfen keinesfalls zulassen, dass über dem Schlamassel der Strombarone der Mantel des Schweigens ausgebreitet wird und ihre katastrophalen Fehleinschätzungen mit Milliarden-Subventionen nachträglich noch abgefedert werden. ■

Quelle: www.infosperber.ch

RA-Kommentar:

Ist die Wasserkraft verloren?

Kilowattstunden sind eine Ware. Sie werden national und international gehandelt. Ist die Ware knapp, sind die Preise hoch. Hat es zu viel Strom, sinkt der Preis.
International sind die Preise tief, weil wir zu viel Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken haben. Atomkraftwerke muss man so schnell wie möglich abschalten. So wie das Deutschland macht. So wie es die Schweiz nicht machen will. Kohlekraftwerke sind CO_2-Schleudern. Wer die für das Wallis schädliche Klimaerwärmung in den Griff bekommen will, muss den Kohlendioxidaussstoss besteuern. Anders geht es nicht.
Unter dem Druck sinkender Strompreise versuchen Alpiq, Axpo, BKW und Co. die Wasserzinsen erstens einzufrieren und zweitens zu senken. Ausgerechnet jene Unternehmen, die längerfristig – wenn es nach Rolf Escher gehen soll – die strategischen Partner des Wallis bleiben sollen.
Wir treten energetisch in ein neues Zeitalter ein. Das Wallis muss lernen, die Zukunft zu antizipieren.
Nur wenn wir bei allen Kraftwerken den Heimfall geltend machen, kann man uns nicht mehr mit dem Wasserzins erpressen: Was wir nicht als Wasserzins bekommen, fliesst als Ertrag in die Kassen des Kantons und der Gemeinden. Im Rahmen der nun beginnenden Debatten muss das Problem der Steuern vertieft angeschaut werden. Wenn diese für alle juristischen Personen gesenkt werden, spricht noch viel mehr für das alleinige Eigentum des Wallis an seiner Wasserkraft. ■

Bild: Henning Langen/pixelio.de

Kirche und Staat:

Das Kreuz wirft Schatten

Wallis | Undurchsichtige Finanzlage, merkwürdige Finanzierungsmethoden, heikle Personalentscheide, Ungerechtigkeit und eigennützige Wahrung von Erblasserwünschen: Die Verflechtungen von Staat und Kirche treiben sonderbare Blüten. Nun gibt es eine Alternative.

Von Tobias Tscherrig

Die Niederlage im Sonderbundskrieg war ein wirtschaftliches Desaster für den Kanton Wallis und führte dazu, dass man die Kirche im 19. Jahrhundert verstaatlichen und ihre Güter zur Sanierung der Schulden verwerten wollte. Es zeigte sich dann, dass diese Form der Schuldentilgung dem Wallis nicht den Frieden bringen würde, den man sich wünschte. Schliesslich übergab man der Kirche alles, was noch nicht verkauft war. Die Defizitgarantie auf Gemeindeebene wurde eingerichtet, die klerikalen Gemüter waren besänftigt.

Heute tragen die Gemeinden das Defizit der örtlichen Pfarreien. Diese historisch bedingten Verpflichtungen werden der demografischen Veränderung der Gemeinden aber nicht mehr gerecht. Die Pfarrhäuser werden von den Gemeinden in der Regel weit unter ihrem Marktwert und meistens unter Erlassung diverser Gebühren an Geistliche vermietet, was nicht nur zu Lasten der römisch-katholischen Gemeindemitglieder geht.

So differieren auch die Pro-Kopf-Ausgaben für die Pfarreidefizite in den Walliser Gemeinden massiv. Da weder Anfragen von Privaten noch von Interessengemeinschaften angemessen von den Behörden behandelt werden, ist es derzeit nicht möglich, die realen Kosten der öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen im Wallis überhaupt abzubilden. Um dies zu klären, bedürfte es einer konzertierten Revision aller Gemeinderechnungen sowie die Einsicht in die Gesuche des Bistums an den Staatsrat, welche bis heute nicht erteilt wird: Ein enormer Aufwand nur zur Aufrechterhaltung dieser Ungleichbehandlung.

Mitglieder ohne Stimme

Die Mitglieder der öffentlich-rechtlichen Kirchen müssen sich jede Schikane gefallen lassen. Solarpanels, Aufführungen an Firmungen, Personalentscheide oder Töffsegnungen: Das Bistum und die Pfarreien gebieten willkürlich, sie müssen auf ihre Mitglieder keine Rücksicht nehmen. Ihr Lebensunterhalt ist ohnehin staatlich gesichert. Im Jahr 2012 informierte der Staat die Gemeinden, dass nicht nur die Lehrpersonen per 1. September eine Lohnerhöhung erhalten sollen, sondern auch der Klerus und die Seelsorger. Dies entmachtet die Basis der öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen.

Diskriminierung im Namen des Gesetzes

Wer nicht jedes Jahr eine «ordentliche Reduktion» von der Gemeinde zurückfordert, bezahlt mit seinen Steuern im Wallis – unabhängig von Kirchenaustritt oder Konfessionszugehörigkeit – automatisch am Defizit der öffentlich-rechtlichen Kirchen mit. Selbst wenn man mit einer Kirchenaustrittsbestätigung belegen kann, dass man seit Jahrzehnten kein Mitglied mehr ist, kann man jeweils nur für das vergangene Steuerjahr eine «ordentliche Reduktion» zurückfordern (Entscheid des Kantonsgerichts). Mit welchen Zahlen diese Reduktion von den Gemeinden ermittelt wird, ist der Behördenwillkür überlassen. Wer sich also nicht wiederholt dagegen wehrt, finanziert die Kirche mit.

Der Staat als Instrument von Fundamentalismus

Es sind drei Fälle von ungerechtfertigten Kündigungen von Lehrpersonen in unserem Kanton bekannt, die auf kirchliche Einflussnahme oder Behördenwillkür mit religiöser Motivation zurückzuführen sind. Für diese Menschen hatte das Verhältnis von Kirche und Staat im Wallis einen verheerenden Einfluss auf ihr persönliches Leben. Gleichzeitig hat die Verflechtung von Kirche und Staat auch einen negativen Einfluss auf die öffentlichen Finanzen, die Kosten der Folgeprozesse mussten jeweils von der Öffentlichkeit finanziert werden.

Zusätzliche Kosten entstehen auch bei der Planung und Finanzierung eines katechetischen Fensters im obligatorischen Schulbetrieb. Auch die Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schülern, die nicht daran teilnehmen, muss sichergestellt werden, wobei sich die daraus ergebende Diskriminierung nicht verhindern lässt.

Kirchenrechtswidriger Vermögenserwerb?

Aus Sicht der Freidenker ist der Vermögenserwerb des Bistums Sitten kirchenrechtswidrig organisiert: Gemäss Can 1259 kann das Vermögen auf gerechte Weise erworben werden, so wie es anderen auch gestattet ist. Doch die derzeitige Finanzierung ist nicht gerecht, weil sie auch Nichtgläubige betrifft. Zudem steht es keiner anderen öffentlichen Institution in diesem Masse zu, finanzielle Forderungen an den Staat Wallis zu stellen. Gemäss Can 1260 darf nur von Gläubigen Vermögen gefordert werden. Sowohl die Finanzierungsorganisation auf Staats- (bzw. Bistums-) als auch auf Gemeinde- (bzw. Pfarrei-) Ebene untergräbt dieses kanonische Recht im Wallis.

Kirchenkritiker sind bisher davon ausgegangen, dass zumindest eine gewisse Notwendigkeit für eine Kostenbeteiligung durch den Kanton Wallis bestanden hat, weil die Reserven des Bistums – etwa im Zuge der Enteignungen von 1848 – ausgeschöpft seien. Dass das Bistum Sitten aber öffentliche Gelder nicht dazu nutzt, um ein allfälliges Defizit zu decken sondern um stattdessen ihre Reserven – von unbekannter Höhe – zu schonen, ist zumindest stossend.

Es wäre also interessant zu wissen, in welcher Höhe das Bistum Sitten Reserven hamstert. Gemäss der Aussage von Domherr Stefan Margelist kann die Höhe dieser Reserven aber «nicht beziffert» werden. Besonders stossend ist, dass das Bistum – trotz dieser Reserven – den Kanton Wallis, und somit auch Personen, welche nicht von dem Angebot der Katechese- oder Pastoralstellen des Bistums Gebrauch machen, zur Kasse bittet. Dies, obwohl laut eigener Aussage noch Gelder vorhanden wären. Mit diesen Reserven sollen Defizite von bis zu 200'000 Franken gedeckt werden können. Das lässt auf ein erhebliches Vermögen schliessen.

Undurchschaubare Praxis

Laut Artikel 22 des Ausführungsreglements zum Gesetz über das Verhältnis von Kirche und Staat Wallis, hat das Bistum das Recht, jedes Jahr mit einem schriftlichen Gesuch an den Staatsrat aufzuzeigen, wie viel Geld für «Tätigkeiten, welche im öffentlichen Interesse liegen», als «Hilfe» notwendig ist. Die Freidenker wollten wissen, ob in den Gesuchen des Bistums an den Kanton Wallis Zwecke angegeben sind, die wirklich der Allgemeinheit zugute kommen. Denn der Betrag, der vom Staatsrat für das Bistum gesprochen wird, kann nicht per Rückforderung (wie bei den Gemeinden) zurückverlangt werden. Die Freidenker warten seit dem 25. März 2013 darauf, dass der Kanton Wallis Einsicht in diese Gesuche gewährt. Eine Antwort blieb bis heute aus. Öffentliche Verlautbarungen des Bistums lassen darauf schliessen, dass die Praxis des schriftlichen Gesuches nicht praktiziert wird. Dies würde bedeuten, dass die Finanzierung des Bistums durch den Kanton Wallis ohne gesetzliche Grundlage stattgefunden hätte.

Der Begriff des öffentlichen Interesses wird gemäss Staatsrat Maurice Tornay grosszügig zu Gunsten des Bistums ausgelegt: Eine Nachfrage bei der Dienststelle für Statistik des Kanton Wallis hat im April 2012 ergeben, dass die Konfessionen seit dem Jahr 2000 nicht mehr erfasst wird. Das «öffentliche Interesse» bleibt weiter Tummelplatz von Behördenwillkür. Die aktuelle statistische Erhebung des Bundes (neu bestehened aus telefonischen Stichproben in der Bevölkerung und einer anschliessenden Hochrechnung) rechtfertigt die öffentlich-rechtliche Anerkennung der Kirchen nicht.

Kirche als Gewinnerin

Durch die Abschaffung der öffentlich-rechtlichen Anerkennung von Kirchen hätten diese erstmals die Möglichkeit, ihre Gesamtkosten zentral zu sammeln und zu beziffern. Gleichzeitig würden die Gemeinde- und Kantonssteuern für alle sinken. Durch die geschaffene Kostentransparenz könnten die Kirchen erstmals ihren Aufwand gleichmässig auf ihre Mitglieder verteilen: Die Kirchen können selbstständig ihre Finanzierung planen. Weil die Finanzierung durch eine Trennung von Staat und Kirche in die Hände der Mitglieder gegeben würde, müssten ihre Anliegen mit grösserer Sorgfalt behandelt werden. Die Kirche würde durch eine Trennung von Kirche und Staat also dazu befähigt, ausschliesslich ihre Mitglieder für ihre Kosten aufzubieten.

Der neutrale Staat

Ein laizistischer Staat kann in Zukunft auch eine ausgewiesene Kirchensteuer einziehen und an die Kirchen auszahlen. Wichtig und richtig dabei ist, dass die Kirche sich selbstständig um die Kostenermittlung und -verteilung bemüht und den Staat für seinen Aufwand entschädigt. Ein säkularer Staat kennt auch weiterhin den Denkmalschutz: Es wird auch weiterhin Kooperationen zum Zweck des Erhalts von Gebäuden geben. Auf diesem Weg würde das historische Erbe der Kirche in unserem Kanton erhalten bleiben. Öffentliche Gebäude sind dagegen religiös neutral zu gestalten, Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates sollen während der Ausübung ihrer Arbeit ebenfalls neutral auftreten.

Es existiert heute kein einziges Spital, kein Pflege- oder Altenheim, kein Bildungs- oder Kongresszentrum und auch nirgends ein sozialmedizinisches Zentrum, welches von der Kirche im Wallis finanziert oder unterhalten wird. Diese Institutionen und deren Erfolge sind der Finanzierung durch eine Solidargemeinschaft dem Rechtsstaat zu verdanken, woran sich in einem säkularen Wallis nichts ändern würde.

Die Kirchen verfügen über Räumlichkeiten und können das Personal für die religiöse Bildung selbstständig stellen: Die Kinder würden auf diese Weise einen wesentlich intensiveren Einblick in die Kirche erhalten. Gleichzeitig müssten sich Eltern, die ihre Kinder ohne explizit christliche Prägung erziehen möchten, nicht mehr dem gesellschaftlichen Druck beugen und würden somit an Mitbestimmungsrecht gewinnen. ■

Befreite Wirtschaft

Der 1. August (Bundesfeiertag) ist der einzige eidgenössische Feiertag. Er ist arbeitsgesetzlich den Sonntagen gleichgestellt. Nach Art. 20a des Arbeitsgesetzes dürfen die Kantone höchstens acht weitere Feiertage den Sonntagen gleichstellen. Während den gesetzlich anerkannten Feiertagen darf grundsätzlich nicht gearbeitet werden. Die ausgefallene Arbeitszeit muss nicht nachgeholt, aber in der Regel ausbezahlt werden. Umgekehrt gibt es auch kein Recht auf Nachbezug von Feiertagen, die auf einen arbeitsfreien Tag fallen.

Neben dem Nationalfeiertag verhängt das Wallis an acht Feiertagen ein sonntägliches Arbeitsverbot: Weder der Papst, das Bistum, noch eine Pfarrei finanzieren den wirtschaflichen Ausfall, der durch diese kantonalen Sonn- und Feiertage entsteht. Damit werden dem Gewerbe Verluste diktiert, um eine religiöse Bevorzugung zu gewährleisten: Nicht katholische Arbeitnehmende haben heute das Recht, an nicht gesetzlich anerkannten religiösen Feiertagen die Arbeit auszusetzen. Sie müssen dies dem Arbeitgeber spätestens drei Tage im Voraus melden. Zusätzlich müssen sie dafür ihr Ferienguthaben antasten, während katholische Angestellte dies nicht tun müssen. Eine Ungleichbehandlung sondergleichen.

Es wäre ein Gewinn für die Gewerbefreiheit und das persönliche Selbstbestimmungsrecht, wenn kantonale Feiertage mit religiösem Hintergrund aufgehoben würden. Die Betriebe würden keine obligatorischen Fehltage mehr einplanen müssen und könnten kontinuierlicher und individueller auf die Bedürfnisse der Angestellten eingehen.

Überregional tätige Unternehmen mussten das Problem von kantonal unterschiedlichen Sonn- und Feiertagen bereits lösen. Daran könnten sich die zukünftigen kantonalen Bestimmungen orientieren: Man hat sich darauf geeinigt, dass in überregional tätigen Unternehmen sowie in der Bundesverwaltung – neben dem 1. August – acht Tage pro Jahr schweizweit gültige Feiertage gelten. Ein laizistischer Staat könnte die Arbeitgeber anweisen, den Angestellten acht individuell bestimmbare Sonntage pro Jahr zusätzlich zum Ferienguthaben zur Verfügung stellen zu müssen. Im Gegenzug müssten die acht Ferientage nicht bereits im Vorfeld terminlich festgelegt werden.

So würde das Kontingent der insgesamt verfügbaren freien Tage nicht abnehmen, alle Angestellten hätten das gleiche Recht, ihre Religion auszuüben oder keine Religion auszuüben.Die Unternehmen könnten flexibler über ihre Auslastung bestimmen und traditionelle Feiern mit katholischem Hintergrund könnten auch abgehalten werden, wenn Un- oder Andersgläubige oder kirchlich Uninteressierte währenddessen ihrer Arbeit nachgehen würden. ■

Neugestaltung des Bahnhofplatzes Brig:

Kommt jetzt Snozzi plus SP?

Brig | Ende der fünfziger Jahre schlug der Oberwalliser Metallbauer Charly Krummenacher vor, in Brig für die BVZ und FO einen Hochbahnhof zu bauen. Auf Stahlstützen direkt vor dem Bahnhofgebäude. Seither jagt ein Wettbewerb den nächsten.

Rolf Escher und Viola Amherd hielten stur an einem teuren Hochbahnhof fest, der SBB-intern längst beerdigt war. Immer gegen einen Hochbahnhof war der leider zu früh verstorbene Walter Ruppen. Für ihn gehörten die Roten Züge als Bestandteil der Briger Innenstadt auf den Bahnhofplatz.

Zwei Entwicklungen der letzten Jahre sind alles, aber nicht gut:

- Die Gemeinden haben das Heft aus der Hand gegeben. Und die weiteren Planungsarbeiten an die Damen und Herren im Klingele-Haus in Naters delegiert.
- Zusammen mit den beigezogenen Experten will man im Oberwallis von offenen und demokratischen Planungsprozessen nichts wissen. Das neue Motto: Weniger Demokratie, mehr Bürokratie.

Als einzige Partei hat sich die SP Brig-Glis, Naters und Brigerberg mit den planerischen Vorgaben auseinandergesetzt. Und konkrete Vorschläge zugunsten der Fussgänger, Velofahrer und einer effizienten Nutzung des entstehenden Wohngebietes zwischen dem Scheibendepot im Osten und der untersten Brücke über die Saltina andererseits gemacht.

Leider gingen die Zuständigen auf diese konstruktiven Vorschläge nicht ein. Und starteten einen Wettbewerb auf der Basis von mehr als suboptimalen Vorgaben.

Den Wettbewerb gewonnen hat der Tessiner Architekt Snozzi mit einem einmalig schönen Projekt. Man müsste ihm den Zusatzauftrag geben, die Vorschläge der SP zu integrieren. Was ohne weiteres möglich wäre.

Jetzt beginnt der Poker um die Kosten von geschätzten 40 Millionen Franken. Die Frage stellt sich: Wer bezahlt am Ende der Fahnenstange wie viel?

Schätzungen der Roten Anneliese gehen davon aus, dass bisher ein zweistelliger Millionenbetrag in die Planung des investiert wurde.

Neu können alle Bürgerinnen und Bürger Einsicht in alle Akten von Gemeinde, Kanton und Bund nehmen, sofern nicht schützenswerte Rechte von Privaten verletzt werden. Das passt den Gemeinden nicht. Aber der kantonale Datenschützer Fanti hat den Auftrag, den Bürgern zu ihren Rechten zu verhelfen. Vielleicht widmet ein Student seine Lizentiatsarbeit diesem mehr als spannenden Thema. Wir bleiben dran und hoffen auf eine Lösung Snozzi plus SP.

N.B. Der heute 82 Jahre alte Snozzi war einer der Mitbegründer des PSA, der Partei der autonomen Sozialisten im Tessin. Vergleichbar dem Kritischen Oberwallis. ■

Kranke Geschichte: Wer heilt den Bischof?

Wir haben einen neuen und erst noch sportlichen Bischof. Leider kann er nicht Deutsch. Er will das nachholen. Hoffentlich macht er mehr Fortschritte als viele unserer Staatsräte. Denken wir nur an den «perfekt» zweisprachigen Bildungsminister Claude Roch, dessen Reden in Deutsch für ihn eine Qual und für die Zuhörer ein Gaudi waren.

Früher waren Homosexuelle im Oberwallis Aussätzige und Sünder zugleich. Ihnen blieb, wenn sie ihre Sexualität leben wollten, nur ein Weg offen: Auswandern. Heute hat sich dies verändert. Homosexualität ist nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Wallis wenn nicht von allen akzeptiert, so doch geduldet. Selbst in der Politik.

Denken wir an die Zürcher Stadtpräsidentin Corinne Mauch von der SP. Oder den Zürcher Ständeratskandidaten Vogt von der SVP. Und selbst der Gommer Grossrat Walther hat ein mutiges Outing hinter sich. Ganz zu schweigen von Sven Epiney, der die Herzen aller vergeblich hoffenden Schwiegermütter wärmt. Ohne Gefahr für die Töchter. Nur wer die verlogene Vergangenheit kennt, weiss diese Öffnung der Gesellschaft zu schätzen.

Und jetzt kommt unser Bischof und will die Homosexuellen heilen. Heilen muss man Kranke. Nur sind Homosexuelle nicht krank, sondern anders. Wer an einen Gott als Schöpfer glaubt, müsste sich erst recht für die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung einsetzen. Weil wir alle in dieser Logik Geschöpfe dieses einen Gottes sind.

Die Ansichten unseres Bischofs, der auf Kosten aller Steuerzahlen – auch der Homosexuellen – in einem Palast lebt, sind von vorgestern. Kann man unseren Lovey mit Aussicht auf Erfolg heilen? Wir haben da unsere Zweifel. ■

Proviande-Subventionen:

Ist dem Bundesrat alles Wurst?

Bern | Der Konsum von Schweizer Fleisch soll laut Bundesrat weiterhin mit sechs Millionen Franken aus der Bundeskasse angekurbelt werden.

Von Kurt Marti

Der jährliche Millionenregen des Bundes für die Proviande, die Werbeplattform der Schweizer Fleischwirtschaft, beträgt 6,1 Millionen Franken. So viel Geld spendiert der Bund für die Absatzförderung von Fleisch, insbesondere für die Werbekampagne «Schweizer Fleisch: Alles andere ist Beilage».

Ende April wollte der Basler SP-Nationalrat Beat Jans mittels Interpellation vom Bundesrat wissen, was er von den umstrittenen Proviande-Subventionen hält. Inzwischen hat der zuständige Bundesrat Johann Schneider-Ammann die Fragen beantwortet. Seine Antworten sind widersprüchlich und bewegen sich auf dünnem Eis.

Im Folgenden werden einige ausgewählte Auszüge aus der Antwort des Landwirtschaftsministers kommentiert:

Bundesrat: *«Gemäss Landwirtschaftsgesetz soll die Landwirtschaft nachhaltig und kostengünstig produzieren und aus dem Verkauf der Produkte einen möglichst hohen Markterlös erzielen (Art. 7 LwG). Die Absatzförderung dient diesem Ziel, indem sie die Branche subsidiär unterstützt, die KonsumentInnen über die Qualität und Vorzüge von Schweizer Erzeugnissen zu informieren und diese gegenüber Importen zu positionieren.»*

Kommentar: Der Bundesrat versucht die Proviande-Subventionen damit schmackhaft zu machen, dass er die Qualität und die Nachhaltigkeit der Schweizer Fleischproduktion im Vergleich zum Import herausstreicht. Von diesen Vorzügen ist jedoch in den Werbespots keine Rede. Da hört man immer nur die gleichen Sprüche: «Viel Spass mit Giacobbo/Müller wünscht: Schweizer Fleisch. Alles andere ist Beilage» oder «Schinken macht Freude».

Bundesrat: *«Die Schweizer Landwirtschaft zeichnet sich durch hohe Qualität und strenge Produktionsvorschriften bezüglich Tierschutz, Ökologie und Lebensmittelsicherheit aus, welche die Produktionskosten erhöhen.»*

Kommentar: Der Bundesrat unterscheidet nicht zwischen konventioneller und tierfreundlicher Tierhaltung. Die Einhaltung der Tierschutzvorschriften durch die konventionelle Tierhaltung garantiert noch lange nicht eine Tierhaltung, die dem Tierwohl entspricht. Die Tierschutzvorschriften sind bloss Minimalanforderungen. Laut dem Schweizer Tierschutz STS wird beispielsweise für Rinder, Schweine und Hühner kein Auslauf vorgeschrieben, wie die schönen Proviande-Bilder suggerieren.

Legal ist laut STS auch, wenn Mastschweine auf harten Böden ohne Stroh und ohne Auslauf gehalten werden. Die Tierrechtsorganisation «tier-im-fokus.ch» (TIF) hat letztes Jahr einen erschreckenden Schweine-Report mit Fotos und Videos aus zehn Schweizer Schweinebetrieben in den Kantonen Luzern, Bern, Waadt und Fribourg veröffentlicht. Diese Bilder stehen im krassen Gegensatz zu den schönen Proviande-Fotos.

Bundesrat: *«Der Bundesrat ist vielmehr der Meinung, dass die Herkunft Schweiz und die damit verbundenen ökologischen und ethologischen Zusammenhänge stärker ins Zentrum zu rücken sind. Das zuständige Departement wird sich dafür einsetzen, dass die Kommunikationsmassnahmen der Proviande noch vermehrt auf die Vorzüge von Fleisch schweizerischer Herkunft fokussieren.»*

Kommentar: Damit signalisiert der Bundesrat, dass auch er mit der Kommunikation der Proviande nicht zufrieden ist. Deshalb soll Schneider-Ammanns Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) für Korrekturen bei der Proviande sorgen und auf die ökologischen Vorteile fokussieren. Wenn das WBF diesen Auftrag ernst nimmt, dann muss die Absatzförderung mittels Bundessubventionen auf die tierfreundliche Tierhaltung ausgerichtet werden. Mit der Konsequenz, dass das Proviande-Mandat neu ausgeschrieben wird.

Bundesrat: *«Mit einer ausschliesslichen Förderung von Fleisch aus graslandbasierter Produktion würde neu mit Bundesmitteln ein Verdrängungswettbewerb innerhalb der Schweizer Landwirtschaft gefördert und nicht mehr primär die Positionierung gegenüber Importprodukten bezweckt.»*

Kommentar: Mit der gezielten Förderung der ökologischen Produktion kommt es logischerweise zu einer Verdrängung der konventionellen Fleischproduktion. Diese Verdrängung ist ja das Ziel der Beiträge für die graslandbasierte Tierhaltung. Gleichzeitig wird dadurch genau das erreicht, was der Bundesrat in seiner Antwort ausdrücklich verlangt, nämlich die «ökologischen Zusammenhänge stärker ins Zentrum zu rücken» und damit die Vorzüge gegenüber dem Import herauszustreichen. Es ist völlig schleierhaft, wenn der Bundesrat einerseits die ökologische Produktion als Vorteil gegenüber dem Import bezeichnet und andererseits behauptet, die graslandbasierte Produktion bezwecke «nicht mehr primär die Positionierung gegenüber Importprodukten».

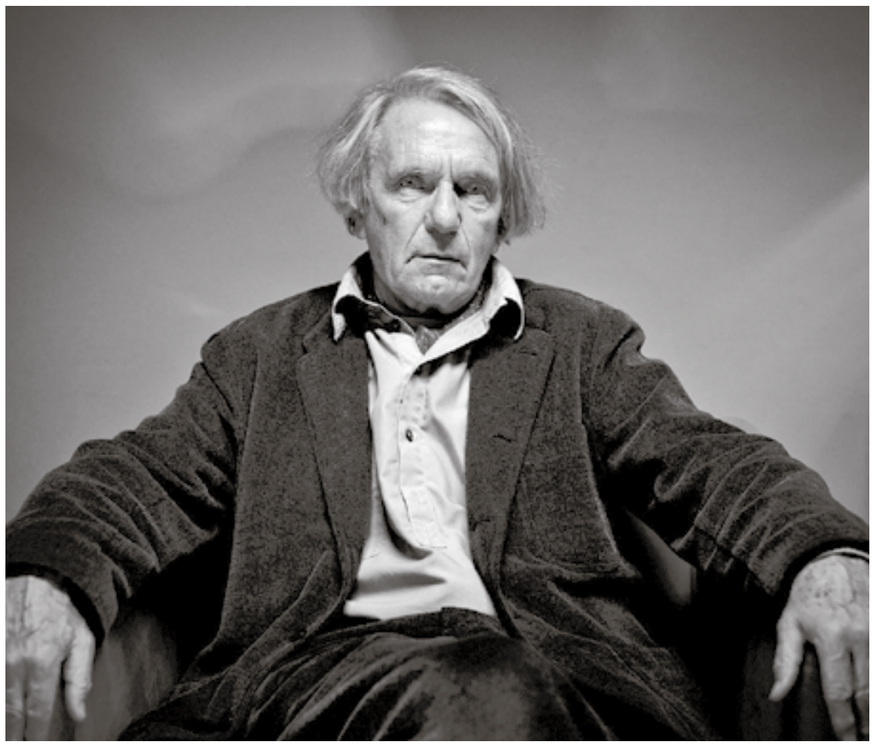
Bundesrat: *«Die subsidiären Finanzhilfen zugunsten der Absatzförderung von Schweizer Fleisch werden jährlich im Agrarbericht transparent publiziert. Auf den Inhalt des Geschäftsberichts der Proviande nimmt der Bund keinen Einfluss.»*

Kommentar: Die 6,1 Millionen Franken sind zwar im Agrarbericht 2014 im Anhang 27 in einer Tabelle aufgeführt, aber ohne die Proviande als Empfängerin zu nennen und damit die notwendige Transparenz zu schaffen. Zudem ist es erstaunlich, dass dem Bund der Geschäftsbericht der Proviande egal ist, obwohl er die Proviande zu fast zwei Dritteln subventioniert. Auf jeden Fall sind im neusten Geschäftsberichts 2014 die Subventionen des Bundes erstmals korrekt ausgewiesen. Ob auf Geheiss des Bundes oder nicht, die öffentliche Kritik zeigte offenbar Wirkung.

Jetzt ist das Bundesamt für Landwirtschaft wieder am Zug. Im Agrarbericht 2015 kann es für mehr Transparenz bei der Absatzförderung sorgen, indem es die Subventions-Empfänger der insgesamt 56 Millionen Franken jeweils beim Namen nennt. Zum Beispiel wäre es interessant zu wissen, in welche Kasse die jährlich zwei bis drei Millionen Franken fliessen, die den Weinabsatz stimulieren.

Fazit: Die Argumentation des Bundesrats ist widersprüchlich. Wenn er den Fokus auf die ökologische Produktion legen will, muss er logischerweise die Absatzförderung auf dieses Marktsegment ausrichten und nicht 6,1 Millionen Franken jährlich mit der Giesskanne für eine Fleischproduktion verteilen, die die Qualitäts-Kriterien nur teilweise erfüllt. ■

Quelle: www.infosperber.ch



Jacques Rancière: Grundlegende Kritik am Konsens.

Jacques Rancière:

Der Philosoph der radikalen Gleichheit

Frankreich | Jacques Rancière ist ein französischer Philosoph, der in und zwischen den Feldern Politik, Pädagogik, Geschichte, Literatur und Ästhetik intervenierte und grundlegende Kritik am Konsens entwarf. Er wurde 1940 in Algerien geboren. Seine intellektuelle und akademische Laufbahn begann er in Paris als Schüler von Louis Althusser, ab 1969 lehrte er an der Universität Paris VIII Philosophie und Kunsttheorie, seit 2000 ist er emeritiert.

Von Hilar Eggel

Der unwissende Lehrmeister – Fünf Lektionen der intellektuellen Emanzipation» ist ein zeitgeschichtliches Buch über einen französischen Schullehrer namens Joseph Jacotot, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts seine flämischsprachige Klasse dazu brachte, Französisch zu lernen, obwohl er selber kein Wort Flämisch verstand und seine Schüler kein Französisch. Er hatte eine neue Lehrmethode entwickelt – den universellen Unterricht. Die drei Grundsätze seiner Methode waren: Alle Menschen sind intelligent; alles ist in allem enthalten; jeder Mensch hat die Fähigkeit, sich selbst etwas beizubringen.

Mit der Losung «Alle Menschen sind intelligent» drückte Rancière sein starkes Misstrauen gegen Erklärungsversuche aus.

Gegen den Akt des Erklärens

Die Rede als Erklärung, als Zeichen höherer Intelligenz, warf er vom Podest. Was in Jacotot's Experiment zur Anwendung kam, ist das, was jedes Kind beim Lernen seiner Muttersprache tut: Beinahe jedes Kind erlernt die Sprache seiner Eltern dadurch, dass sie mit ihm sprechen und dass in seiner Umgebung gesprochen wird. Das Kind entwickelt seine eigene Methodik. Es ahmt nach, wiederholt, irrt und entwickelt so seine Fähigkeiten. Für Rancière ist Lernen deshalb jenes tastende und selbstständige Aneignen von Erkenntnissen und Wissen. Das Kleinkind hört die Laute der anderen und macht sie nach, zuerst fehlerhaft, doch mit der Zeit spricht es die Sprache seiner Mitmenschen, ohne dass man ihm je etwas erklärt hätte. Die ursprünglichste Form des Lernens ist demnach diejenige, die ohne die Hilfe von Erklärungen auskommt.

Der erklärende Unterricht

Nach der Entwicklungsphase beim Kind geht man aber dazu über, methodisch zu unterrichten und zu erklären. Warum es plötzlich diese Form der Wissensvermittlung braucht, hat seinen Grund zuallererst in der Erhaltung der Hierarchie in der Gesellschaft. Das selbstständige Lernen wird als fehlerhaft und unsystematisch betrachtet. Es führt zu keiner wirklichen Erkenntnis und verwirrt den Lernenden nur. Nur das Wissen, das durch methodischen Unterricht zustande gekommen ist, geniesst Ansehen, denn es erlaubt, wirklich zu verstehen. Doch was verstanden werden soll, ist immer das Wissen der anderen und dieses muss erklärt werden. Deshalb sind die Erklärungen auch notwendig, denn der Lernende wird nicht als fähig angesehen, sich selbst einen Weg zum Wissen zu verschaffen.

Niemand ist dumm

Nach Rancière geht die pädagogische Vermittlung von einem Primat des Wortes über die Schrift aus. Wenn der Schüler etwas im Text nicht versteht, ist er nicht selbst in der Lage, es durch eigene Anstrengung zu verstehen. Es braucht die Worte des Lehrers, welche dem Schüler erklären, was im Text steht und was der Schüler nicht verstanden hat. Deshalb muss man die Logik der Erklärungen umdrehen. Rancière stellt fest: «Der Erklärende braucht den Unfähigen, nicht umgekehrt. Er ist es, der den Unfähigen als solchen schafft. Jemandem etwas erklären heisst, ihm zuerst zu beweisen, dass er nicht von sich aus verstehen kann. Bevor die Erklärung ein Akt des Pädagogen ist, ist sie der Mythos der Pädagogik, das Gleichnis einer Welt, die in Wissende und Unwissende geteilt ist, in reife Geister und unreife Geister, fähige und unfähige, intelligente und dumme.»

Polizei als zuweisende und ordnende Macht

Rancière hat sich aber nicht nur mit pädagogischen Problemen beschäftigt. In seinem Buch «Das Unvernehmen» setzt sich der 68er Philosoph mit anderen gesellschaftlichen Themen wie Polizei und Politik auseinander. Wie so oft schlägt er zum Verständnis dieser gesellschaftlichen Apparate einen ganz anderen Weg ein.

Der Begriff Polizei hat bei ihm eine andere Bedeutung als im üblichen Sprachgebrauch. Die hierarchisierende und ordnende Arbeit, die die Polizei leistet, klingt im Sprichwort «Alles hat seinen Platz» an. Die polizeiliche Ordnung weist den Einzelnen bestimmte Positionen in der Gesellschaft zu und nimmt an, dass sie ihr Benehmen und Verhalten auch danach ausrichten. Die polizeiliche Ordnung setzt voraus, dass Menschen unterschiedliche Fähigkeiten haben und daher dazu bestimmt sind, unterschiedliche Positionen in einer gesellschaftlichen Hierarchie einzunehmen. Auch politische Prozesse wie die parlamentarische Diskussion, Wahlen und Regierung werden als Teil dieses Ordnungsprozesses verstanden, der Einzelnen bestimmte Plätze in der Hierarchie zuweist. Rancière schreibt dazu: «Die Polizei ist somit zuerst eine Ordnung der Körper, die die Aufteilung unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt, die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind; sie ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm.»

Politik als Dissens und Auseinandersetzung

Das Zentrum der Politik ist für Rancière die Auseinandersetzung, der Dissens, die Kritik. In seinen Überlegungen geht er davon aus, dass es in einer Gesellschaft Menschen gibt, die einen Anteil an der Verteilung der Macht sowie der Güter haben (sei es auf Grund ihres Alters, ihrer ökonomischen Stellung, ihrer Bildung, etc.) Andererseits gibt es aber auch diejenigen, die keinen Anteil an der Verteilung haben. Diese nennt Rancière die Anteillosen. Politik setzt nun für Rancière dort an, wo diese Logik, nämlich das einige Anteil haben und andere nicht, durchbrochen wird. Politik ist eine paradoxe Tätigkeit, die eine Unterbrechung der Verteilungslogik voraussetzt und auch durchsetzt.

Politik ist im Gegensatz zur Polizei die Störung der hierarchischen Ordnung, die Störung der polizeilichen Aufteilung, da in einer demokratischen Gesellschaft eben auch die reden, die nicht reden sollten. Politik, wie Ranciere sie versteht, ist immer streitbar oder polemisch. Es geht nicht nur um den Inhalt bestimmter Forderungen, sondern der zur Diskussion stehende Streit ist gleichzeitig ein Kampf um die Anerkennung der politisch Anteillosen, ein Kampf um eine Neuzählung, die das Unrecht der falschen Zählung beseitigt.

Politik tritt auf die gesellschaftliche Bühne, wenn diejenigen, die keinen anerkannten Anteil an der Gesellschaftsordnung haben, die sans-part, die nicht «zählen», die politisch unsichtbar oder unhörbar sind, ihren egalitären Anspruch erheben, der immer auch ein kollektiver Anspruch ist, als politische Subjeke wahr- und ernst genommen zu werden. ■

Vom Meisterschüler zum scharfen Kritiker Althussers

Gemeinsam mit Etienne Balibar, Michel Foucault, Jacques Derrida, Régis Debray, und Pierre Macherey, gehörte Jacques Rancière zu den Meisterschülern von Louis Althusser, der in den sechziger und siebziger Jahren wohl zu den einflussreichsten französischen Philosophen gehörte. Rancière verfasste auch einen Teil des Werkes «Das Kapital lesen» von Louis Althusser. In seiner Autobiographie «Die Zukunft hat Zeit» schreibt Althusser: «Beim Wiederbeginn des Studienjahres war es Rancière, der zu unser aller grossen Erleichterung die Aufgabe übernahm, das Ganze ‹ins Reine› zu denken… Noch heute muss ich mir sagen, dass das Ganze ohne ihn nicht möglich gewesen wäre. Man weiss ja, wie die Dinge in solchen Fällen sonst laufen. Wenn der erste Redner lange und genau spricht, machen sich die anderen das für ihre eigene Arbeit zunutze… Nach Rancière war alles leicht, der Weg lag offen und weit offen.»

Althussers Philosophie fand zunächst einen Reiz für die jungen militanten Linken, weil sie den Unterschied zwischen Theorie und Praxis zu überwinden schien. Wie Rancière es ausdrückte: «In Althussers Werk fanden wir die Grundlage einer anderen Rolle der Intellektuellen, nicht mehr kulturellen Konsum oder ideologische Reflexion: eine echte Beteiligung an der Umgestaltung der Welt als Intellektuelle.» Erst mit den Ereignissen vom Mai 68 wurde ihm wirklich klar, dass die Vorstellung der ‹theoretischen Praxis› eine vergebliche Hoffnung war.

Anfang der siebziger Jahre wurde Rancière zu einem der schärfsten Kritiker seines ehemaligen Lehrers. In seiner teilweise polemischen Abrechnung (Die Lektion Althussers) wirft er ihm vor, seine Philosophie diene letztlich nur der Bewahrung des akademischen Elfenbeinturms und habe in der Konfrontation mit der politischen Praxis versagt. Der Angriff auf seinen früheren Mentor war das Resultat der Erfahrung, die er im Zusammenhang mit der Mai-Revolte gemacht hatte. Zwar gehörte Althusser zu den Vordenkern des Mai 68, als es jedoch zum Generalstreik kam und neun Millionen französische Arbeiter dem Kapital ihren Dienst versagten, folgte Althusser der Parteidisziplin der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF).

Rancière hält die Philosophie von Althusser für eine Bildungstheorie. In der Praxis erwies sie sich als weniger emanzipatorisch, als viele seiner Studenten gehofft hatten. Hinter der wissenschaftlichen Disziplin versteckte sich eine andere Form von Autorität. Die Kunst des «symptomatischen Lesens», die Althusser entwickelte, stand nicht allen offen, die sich genügend bemühten, sondern erforderte eine geschulte Anleitung. Die marxistische Wissenschaft war auf die Autorität des Pädagogen und Philosophen Althussers angewiesen. Weil seine Theorie auf einer privilegierten Position des Pädagogen aufbaute, war abzusehen, dass die Zeit nie kommen würde, politische Aktionen einzuleiten und auch auszuführen. Rancière stellte fest: «Es lag in der Logik des althusserianischen Diskurses, dass der richtige Zeitpunkt nie kommen würde: Die antagonistischen Kämpfe der empirischen Politik würden es der Philosophie nie erlauben, Schlüsse zu ziehen.» ■

Ein anderer Blickwinkel:

Je suis Charlie – ich wäre Rashid

David Gundi: Sozialarbeiter und Gewerkschafter

Am frühen Morgen des 6. Februar stürmte ein Einsatzkommando der Walliser Kantonspolizei eine Junggesellenwohnung in Sitten. Sie waren auf der Suche nach Rashid. Rashid ist nicht der richtige Name des Schweizers mit iranischen Wurzeln, der zum Zeitpunkt der Razzia die Rekrutenschule besuchte. Rashid ist das Pseudonym, das von der Zeitung «Le Matin» für den jungen Mann ausgewählt wurde. Rashid klingt orientalisch, arabisch, islamisch. Damit spielte die Zeitung wohl auf seine iranischen Wurzeln an. Der Name Rashid stammt aus dem arabischen Raum und bedeutet so viel wie rechtgeleitet, rechtgläubig. Rashid posierte auf Facebook mit einer Schrotflinte, einem beliebten Utensil für Sportschützen (Tontaubenschiessen) und Jäger (Geflügeljagd). Dass Rashid mit einer Flinte auf Facebook posierte, war sicherlich nicht besonders schlau. Aber auch nicht besonders dumm. Es ist nicht illegal. Manche fanden das Foto zwar stossend, doch das ist Geschmacksache und über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Es gibt sicherlich unzählige Fotos von Jägern aus dem Wallis, die mit einer Schrotflinte posieren. Egal ob im Facebook, anderen sozialen Netzwerken oder sonst wo. Die Waffe gehörte im Übrigen einem Mitbewohner von Rashid, einem Sportschützen.

Die Schweiz ist eine Waffennation, jeder aktive oder passive Soldat, der nicht vorbestraft ist und nicht als Sicherheitsrisiko eingestuft wurde, hat eine Knarre zuhause. Auch Rashid nimmt nach seiner Rekrutenschule eine Waffe nach Hause, eine SIG 550. Im Gegensatz zur oben erwähnten Schrotflinte hat dieses Gewehr eine weitaus höhere Kadenz und gilt als kriegstaugliche Waffe.

Mit Kriegswaffen schossen zum Beispiel auch die Terroristen in Paris, als sie die Redaktion von «Charlie Hebdo» stürmten und elf Menschen eiskalt ermordeten. Die von religiösem Fanatismus getriebene Tat löste weltweit grösste Bestürzung aus. Hunderttausende solidarisierten sich mit den Opfern und bezogen mit dem Slogan «Je suis Charlie» Position für die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung. Genau jene Ordnung, welche Terroristen in ihren Grundfesten erschüttern und ausmerzen wollen. Das wirklich perfide an diesen Anschlägen ist der Propaganda-Effekt, welcher der terroristischen Aktion zu einer immens grossen Wirkung verhalf. Aus Trauer wird Wut, aus Wut schliesslich Hass. Die anfängliche Angst wird zur (Terror-)Hysterie, man will alles unternehmen, um zukünftigen Terror zu verhindern. So wird der Terror zum Gesetzgeber – und über Antiterrorgesetze, wie den Patriot Act, das Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit oder das Terrorismusbekämpfungsgesetz werden Grundrechte beschnitten und die demokratische rechtsstaatliche Ordnung untergraben. Jene Ordnung, welche den Fanatikern ein Dorn im Auge ist und welche sie mit allen Mitteln zerstören wollen.

Die Anschläge von Paris ereigneten sich am 7. Januar 2015 – das Einsatzkommando der Kantonspolizei trat die Türe zu Rashids Wohnung einen Monat später ein. Den Polizisten waren die Bilder aus Paris wohl noch sehr präsent, Bilder welche ohne weiteres auch stereotypische Denkmuster fördern wie jenes, dass ein junger Mann mit iranischen Wurzeln und einer Waffe automatisch ein religiös motivierter Terrorist sein muss. Eine gefährliche Situation in Anbetracht des aufgeladenen Klimas, der Finger am Abzug sitzt locker. Rashid oder einer seiner Kollegen hätten auch erschossen werden können. Wenn es um Waffen geht, verstehen wir keinen Spass, so das offizielle Statement des Pressesprechers der Kantonspolizei. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, dass der Einsatz eines solchen Spezialkommandos im Wallis ein Menschenleben gefordert hätte. Samson Chukwu, ein nigerianischer Mann in Ausschaffungshaft, verlor am 1. Mai 2001 in Granges während eines Polizeieinsatzes sein Leben.

Ich bin Samson Chukwu, ich wäre Rashid – für den Erhalt der demokratischen, rechtsstaatlichen Ordnung. ■

Buchtipp:

Grenzenlos wandern

Autor: Andreas Weissen
Titel: Binntal – Veglia – Devero. Naturparkwandern ohne Grenzen zwischen Wallis und Piemont. 288 Seiten mit Farbfotos und Routenskizzen, Übersichtskarte und Serviceteil
Verlag: Rotpunktverlag, Zürich 2015
ISBN: 9783858696502
Preis: 39 Franken

Zum Auftakt der Wandersaison erschien im Rotpunktverlag das Buch «Binntal.Veglia.Devero. Naturparkwandern ohne Grenzen» von Andreas Weissen. Neben der Beschreibung von 45 Routen in den beiden Natupärken Binntal und Veglia-Devero porträtiert das Buch in vierzehn Hintergrundkapiteln die Natur, Kultur und Geschichte der italienisch-schweizerischen Grenzregion, die zu den intaktesten Gebieten des Alpenraums gehört, fernab von Tourismuszentren und Transitrouten.
Seit nunmehr zehn Jahren arbeiten die beiden Pärke Binntal und Veglia-Devero über die Sprach- und Landesgrenzen hinweg zusammen und träumen von einem «grenzüberschreitenden Naturpark». Doch der Weg dorthin ist schwierig, denn zu verschieden sind die rechtlichen Bestimmungen Italiens und der Schweiz. So konzentrieren sich die beiden Partner vor allem auf die Dokumentation und Kommunikation des gemeinsamen kulturellen und natürlichen Erbes.
Der Wanderführer von Andreas Weissen leistet einen Beitrag dazu, indem er die historischen und aktuellen Verbindungen über die Grenze beschreibt. Dabei stand während Jahrtausenden der Weg über den Albrun (ital. Arbola) im Zentrum. Kelten, Römer und Walser, Soldaten, Kaufleute und Schmuggler begingen den Pass. Überall stösst man auf Zeugen aus der Vergangenheit, beispielsweise die Überreste des Torbogen einer Befestigungsmauer der Mailänder Herzöge gegen die eroberungslustigen Eidgenossen oder Gedenkstätten des Zweiten Weltkriegs zur «freien Republik von Ossola» und zur Verhinderung der Sprengung des Simplontunnels.
Die Landschaft beidseits der Grenze ist stark von der Landwirtschaft, insbesondere der Alpwirtschaft geprägt. Die Erhaltung der Alpwirtschaft ist beiden Pärken ein wichtiges Anliegen. Noch weiden grosse Viehbestände auf den Alpen. Aber die Anstellung guten Alppersonals wird immer schwieriger. ■

Dicke Eier:

Basta Astra

Astra 1: Der Verkehr am Gotthard nimmt nicht mehr zu. Trotzdem gibt es immer mehr Staus. Auf dem Papier und am Radio. Ziel der Übung: Die Schweizerinnen und Schweizer sollen ja sagen zu einer Autobahn-Röhre am Gotthard. Der Urner Polizeikommandant bezeichnete die künstlich aufgeblasenen Staustunden und gefälschten Staulängen als Chabis.
Astra 2: Am Simplon vergibt das Astra neu fast alle Aufträge an das Unternehmen Berner Frutiger. Es handelt sich nicht – wie behauptet – um 20 bis 30 Millionen. Sondern um 140 Millionen. Und natürlich gibt es massive Kostenüberschreitungen.
Astra 3: Ungereimtheiten ohne Ende. Bei der letzten Arbeitsvergabe kam wieder Frutiger zum Handkuss. Das Astra schrieb eine aufwändige Sanierung vor. Frutiger gab auf dieser Position einen viel zu tiefen Preis ein. Nach Vergabe der Arbeit wurde eine einfachere Variante gewählt. Ein Berner Bubentrickli.
Astra 4: Im Vispertal-Tunnel arbeiten – für welches Unternehmen wohl? – Eisenleger als Schwarzarbeiter. Typisch Klassenjustiz: Verhaftet wurden nicht die Patrons, sondern die Schwarzarbeiter.
Astrologie 5: Wäre Frutiger ein Oberwalliser Unternehmen, so wären die Schweizer Medien voll von Geschichten über die Walliser Bau-Mafia. Zu Recht. Warum werden Berner Unternehmer mit Samthandschuhen angefasst? Wir bleiben dran.

Phantom Grichting

Pierre-Alain Grichting, Polit-Neuling der Walliser Freisinnigen, ist in der Politik noch nicht richtig angekommen. Politik ist etwas anders als die Chefetagen von UBS, COOP oder Provins. Und inhaltlich liess Grichting bis heute nichts verlauten. Ausser, dass er Walliser Polit-Geschichte schreiben wolle.
Den inhaltlichen Debatten wich der wendige FDP-Kandidat bisher konsequent aus. Als er bei Kanal9 mit JUSOO-Mann Sebastian Werlen in Sachen Erbschaftssteuer diskutieren sollte, trat dort plötzlich als Gegner ein Steuerspezialist auf. Und mit dem schwarzen Kandidaten Beat Rieder wollte der FDP-Quereinsteiger auf Kanal9 in Sachen R21 nicht die Klingen kreuzen. Verständlich: Während Grichting im Unterwalliser «Confédéré» gegen die von Rieder erfundene Grossrats-Quote anschrieb, bekannte er sich im Oberwallis halböffentlich opportunistisch zu einem Ja.

Oskis kurze Beine

Wer zur Polizei will, muss gut in Deutsch, Rechnen und Geographie sein. Sonst besteht sie und er die Aufnahmeprüfung nicht. Gilt für Staatsräte das Gleiche wie für Polizisten?
Staatsrat Oskar Freysinger liess am 22. Juni mittels Medien-Communiqué alarmierend verbreiten: In einem Nachtzug von Domo nach Brig seien 496 (!) Flüchtlinge aufgegriffen worden. Und wenige Tage zuvor sollen in einem Nachtzug 189 Flüchtlinge entdeckt worden sein. Der SVP-Staatsrat drohte, er werde die Züge in Iselle solange anhalten, bis alle Flüchtlinge ausgestiegen seien.
Dumm nur, dass alles falsch und erlogen war. Christoph Darbellay stellte Oskar Freysinger bloss. Die Zahlen seien falsch. Und tatsächlich musste Freysinger drei Tage später richtigstellen, dass sich die Zahlen auf mehrere Kontrollen in den Monaten Mai und Juni verteilten. Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Die Grenzen will der Polizeidirektor gleichwohl dichtmachen.

Gelbes Manns-Werk

Im Oberwallis gibt es mehr Frauen als Männer. Trotzdem steigen die Gelben mit einer reinen Männerliste in die Nationalratswahlen, obwohl die Frauen seit 1971 das Stimm- und Wahlrecht haben. Der Kanton Wallis hat – wenn der Staatskalender uns nicht anlügt – ein Gleichstellungsbüro und dies müsste eigentlich gegen das gelbe Manns-Werk protestieren. Tut es aber nicht. ■

Veranstaltungen

Wanderausstellung in Naters

Baracken, Fremdenhass und versteckte Kinder

So lebten die Saisonniers in der Schweiz

27. August bis 2. September 2015
Beim FO-Kaffee in Naters

Öffnungszeiten:
Von 14.00 – 19.00 Uhr
Immer ab 17.00 Uhr Arbeiter-Aperitivo

Donnerstag, 27. August:
Eröffnung der Ausstellung

Sonntag, 30. August:
Filmmatinée mit «Lo stagionale»

Mittwoch, 2. September:
Podium mit Elisabeth Joris

Das Schweizer Saisonnierstatut galt von 1934 bis 2002. Es diente dazu, nach Bedarf billige und rechtlose Arbeitskräfte ins Land zu holen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter durften neun Monate lang bleiben, dann mussten sie wieder ausreisen. Ihr Aufenthaltsrecht war an den Betrieb gebunden und vom Wohlwollen des Arbeitgebers abhängig.

Dorfplatz Ammern – Kultur im Weiler
Sonntag, 2. August, 17.00 Uhr

Beat Albrecht liest Gommer & Walliser Texte aus Pierre Imhaslys Rhone Saga

Musikalisch untermalt mit Alphorn-Klängen von Conny Reichmuth

Zum Abschluss gibt's Gommer Cholera nach dem Rezept aus der Rhone Saga

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis
direkt zum Abo der Roten Anneliese

Ich möchte ein ABO

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 80 Franken.
☐ Ich verschenke ein RA-ABO für 50 Franken (Rechnung an mich).
☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.

Geschenk-ABO an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis
oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch

Rote Anneliese Februar 1988: Statt Risikotransporte Chlor-Produktion in Visp.

Explosive Transporte ins Wallis seit 27 Jahren ein brisantes Thema:

Die Chlor-Bombe muss weg von der Schiene – und die Lonza Visp profitiert

Visp | Seit Jahrzehnten werden auf der Schiene riesige Mengen Chlor in die Chemiewerke in Monthey und in die Lonza Visp geliefert. Eine explosive Fracht. Schon vor 27 Jahren forderte die Rote Anneliese, das Chlor vor Ort zu produzieren. Jetzt kommt neue Bewegung in die Sache: Der Genfer Staatsrat Antonio Hodgers signalisiert Bereitschaft, sich am Bau von Chlor-Produktionswerken im Wallis zu beteiligen.

Im Jahr 2014 wurden 25'000 Tonnen des brandgefährlichen Chlors ins Wallis importiert. Das sind mehr als 400 Eisenbahn-Wagons. Die Sendung «Mise à jour» des Westschweizer Fernsehens berichtete am 23. Juni 2015, dass bei einem Unfall ein einziger Chlor-Wagon 20'000 Personen vergiften könnte. Im Umfeld von 1610 Meter zur Bahnlinie riskierten die Menschen schwerwiegende Vergiftungen, selbst in Gebäuden. Zwischen Genf und Visp wohnen 840'000 Menschen in dieser Risikozone.

Vor 27 Jahren forderte die Rote Anneliese: Das Chlor, das die Lonza braucht, muss in Visp produziert werden. Die damals entwickelte Logik: Vor Ort kann und muss jeweils so viel Chlor produziert werden, wie die Lonza braucht. Und dies in Chargen, die auch für die Bevölkerung in der Region Visp keine Gefahr darstellen.

In der letzten Zeit häufen sich die Unfälle mit SBB-Zisternenwagen. Deshalb wollen die Grünen die Chlortransporte verbieten. Bereits heuten dürfen Güterzüge mit Chlorwagen nur mit 40 Kilometer durch Genf und Lausanne fahren.

Die Produktion von Chlor in Visp ist wegen der hohen Stromkosten teurer als in Frankreich. Die Verantwortlichen der Lonza sagen, der Bau einer Chlor-Produktionsanlage würde 70 Millionen Franken kosten. Es braucht eine pragmatische Lösung im Interesse des Oberwallis, der Arbeitsplätze und der Sicherheit. Und zwar sofort:

- Die Lonza kann den Strom zu europäischen Preisen einkaufen. Zu den gleichen Preisen wie in Frankreich. Ins Gewicht fallen die zu hohen Durchleitungstarife von Swissgrid und Valgrid. Die Netzgebühren müssen für 10 Jahre wegfallen, wenn die Lonza Chlor in Visp produziert.

- Bund und Kanton müssen den Bau einer Produktionsanlage mit den ihnen zur Verfügung stehenden Investitionshilfen unterstützen.

Wenn alle am gleichen Strick ziehen, würde dies unter dem Strich eine Stärkung des Lonza-Standortes Visp bedeuten. ■

Der ganze Artikel zum Thema Chlor aus der Roten Anneliese vom Februar 1988 unter: www.roteanneliese.ch

Mehr zum Thema Risikotransporte und Chlor-Produktion in Visp im Dossier in der nächsten Ausgabe im September 2015.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 BRIG | NR. 233 | JULI 2015
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis